

# Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller  
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN  
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.  
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.

15. Jahrgang

Mittwoch, 24. April 1935

Nr. 96

## Wähler und Wählerinnen!

Ihr steht vor einer politischen Entscheidung von ganz außerordentlicher Tragweite.

Die Krise des Kapitalismus hat die Welt in ein wirtschaftliches und politisches Chaos gestürzt. Hungernde Massen neben Bergen von Vorräten kennzeichnen den Bahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Menschlicher Erfindergeist ruft immer neue Wunderwerke der Technik hervor, aber ihre planlose Anwendung vergrößert noch das Meer der Erwerbslosen. Zwischen stillgelegten Fabriken und verödeten Haushalten wächst ein junges Geschlecht heran, das die Arbeit nur vom Hörensagen kennt.

In unseren Nachbarländern hat die wirtschaftliche Verzweiflung zu politischen Katastrophen geführt.

Die erbitterten und hoffnungslosen Massen haben sich dem Faschismus in die Arme geworfen. Sie haben damit keinen Wohlstand erworben, aber dafür auch noch die Freiheit und die Menschenwürde verloren. Nichtblock und Konzentrationslager sind die Symbole des Faschismus. Niemals ist der Haß gegen Teile des eigenen Volkes so zügellos aufgelodert, wie in der Zeit, in der die „Volksgemeinschaft“ mit blutiger Gewalt aufgerichtet wurde. Aber die Not der Massen wurde nicht gelindert. Die Rundfunksender des Dritten Reiches erzählen täglich vom wirtschaftlichen Wiederaufstieg, aber die Regierung magt es nicht einmal, den Reichstagsrat zu veröffentlichen, weil sonst der Bankrott ihrer Wirtschaftspolitik offenbar würde.

Nur die Rüstungsindustrie blüht. Das Dritte Reich starrt in Waffen. Hitler verspricht, als er an die Macht kam, die beschworenen Verträge zu halten, aber er selbst hat die Verträge zerrissen und stellt ein Heer von 600.000 Mann auf. Die deutsche Luftrüstung hat in wenigen Jahren den Stand der englischen Luftflotte eingeholt. Die Rüstungen Deutschlands haben ganz Europa zu Gegenrüstungen herausgefordert, die internationalen Gegensätze aufs äußerste verschärft und die ganze Welt in einen Fieberzustand verlegt. Der krieglustige Faschismus bedroht die Menschheit mit unermesslichen Gefahren.

In dieser Lage wird die Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik über die Geschehnisse ihres Landes zu entscheiden haben.

Die Tschechoslowakei ist inmitten eines wahren Seizenkessels vom Bürgerkrieg verschont geblieben.

Die demokratische Zusammenarbeit von Arbeitern und Bauern, Tschechen und Deutschen, hat dem Lande den inneren Frieden bewahrt.

Diese Zusammenarbeit gilt es aufrechtzuerhalten. Nur sie kann den entschiedenen Kampf gegen die unermessliche Not aufnehmen, die wirtschaftliche Zerrüttung durch planmäßige Seilhaltung des wirtschaftlichen Lebens überwinden und so den Weg zum Wiederaufstieg bereiten, den die Mandantischen Länder unter Arbeitereinigungen, ebenso wie England mit seiner unangefochtenen Demokratie bereits erfolgreich beschritten haben.

Darum rufen wir den Wählern und Wählerinnen zu:

Sichert die Demokratie gegen den Ansturm des Faschismus, sichert die Zusammenarbeit der Nationen gegen die entsetzlichen Leidenschaften des nationalistischen Hasses, sichert die wirtschaftliche Aufbaubarbeit durch Schaffung einer breiten demokratischen Basis, sichert den Ausbau des sozialen Schutzes der Massen durch die Stärkung der Arbeiterpartei:

## Wählt sozialdemokratisch!

Die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei hat fünfzehn Jahre in der Regierung des Landes mitgewirkt. Als wir uns beim Einbruch der großen Krise zu dieser Mitarbeit entschlossen, haben wir unseren Anhängern in aller Offenheit gesagt: Wir können in einer Koalition mit den größten bürgerlichen Parteien des Landes den Sozialismus nicht verwirklichen. Aber wir nehmen die große Aufgabe auf uns, für den sozialen Schutz der Arbeitenden und der Wehrlosen zu wirken, die Demokratie gegen den Faschismus zu schützen, dem Frieden der Welt zu dienen und die freundschaftliche Verständigung der arbeitenden Massen aller Nationen zu vertiefen.

Wir haben dieses Ziel der Politik erreicht.

Wir haben die Arbeitslosenunterstützung verbessert, die Unterstüßungseinrichtungen für die Anorganisierten und Ausgesicherten aus dem Nichts geschaffen, nahezu drei Milliarden für die Krisenopfer den widerstrebenden bürgerlichen Parteien trotz würgender Finanznot des Staates abgetrotzt. Wir haben die Krankenversicherung der Arbeiter vor dem unmittelbar drohenden Zusammenbruch gerettet, wir haben die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter und Angestellten verbessert, wir haben die Rechtsstellung und den Schutz der Bergarbeiter wesentlich verbessert. Wir haben den Mieterschutz für die sozial schwachen Schichten aufrechterhalten und die Bauverbesserung belebt. 40.000 Wohnungen für Arbeiter und Angestellte sind so geschaffen und damit zugleich Arbeitsgelegenheiten für Zehntausende geboten worden. Zweimal haben wir die Aufnahme von Milliardenanleihen zu Zwecken der Arbeitsbeschaffung durchgesetzt. Zweimal haben wir den Selbstverwaltungskörpern, die der Bürgerblock bei glänzendem Stand der Staatsfinanzen zum Verderben verurteilte, in schwerster Notzeit wertvolle Hilfe gebracht. Wir haben die

Stillelegung von Betrieben unter staatliche Kontrolle gestellt, wir haben die Vertragslöhne der Arbeiter gegen den Lohnabbau gesichert.

## Wähler und Wählerinnen!

Diese Arbeit innerhalb der Koalition wollen und werden wir fortsetzen. Gebt uns die Macht dazu!

Wir haben die Aufstellung eines großzügigen Arbeitsbeschaffungsprogrammes erwirkt, das vielen zehntausend Arbeitern Erwerb verschaffen soll. Sichert seine Durchführung! Wir haben die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, die ebenfalls der Eingliederung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess dienen soll, der Verwirklichung nahegebracht. Helft uns, sie vollends zu erkämpfen! Wir ringen um die Organisierung des Arbeitsmarktes, gebt uns die Kraft, sie zu verwirklichen!

## Wählt sozialdemokratisch!

Wir haben, 21 deutsche Sozialdemokraten unter 74 deutschen Abgeordneten, 61 Sozialdemokraten überhaupt unter 300 Mitgliedern des Parlaments, dem Lande den Frieden, seinen Bürgern die politische Freiheit erhalten, die erstarrte Sozialpolitik neu belebt, die ersten Ansätze zu einer planmäßigen Regelung der Wirtschaft verwirklicht. Wir haben die Macht, die ihr uns anvertraut habt, gut verwendet.

Gebt uns größere Macht und wir werden Größeres für euch erreichen! Führt uns zum Sieg und wir werden höhere Ziele verwirklichen können!

Wir wollen das Chaos der Wirtschaft durch sozialistische Planwirtschaft meistern. Wir wollen, daß der Mensch, der die Gesetze der Natur seinem Willen unterworfen hat, auch die Gesetze seiner eigenen Wirtschaft zielbewußt zu beherrschen vermag. Die Periode der kapitalistischen Konkurrenzwirtschaft geht zu Ende. Das freie Spiel der Kräfte hört auf zu funktionieren. Immer neue Bindungen und Planungen müssen geschaffen werden, um den Gang der Wirtschaft überhaupt noch aufrechtzuerhalten. Aber diese Entwicklung vollzieht sich in Krämpfen und Widersprüchen, weil sie nicht getragen ist von dem bewußten Willen der großen Volksmassen, weil sie noch beherrscht wird von den kapitalistischen Klassen, von den „Wirtschaftsführern“, die wohl dem Staat die Initiative und die Verantwortung übertragen, für sich aber die Profite erhalten und weiter von der Ausbeutung der Massen leben wollen.

Wir aber wollen Arbeit und Brot für alle! Darum rufen wir euch zu: Nehmt die wirtschaftliche Entwicklung selbst in eure Hände. Macht sie zu eurer bewußten Tat.

## Wählt sozialdemokratisch!

Sozialistische Gegner stürmen gegen uns an. Wir stellen uns ihnen zum Kampf und halten ihren inhaltslosen Phrasen unser sozialistisches Ziel, ihren Verleumdungen unsere positive Arbeit und unsere Leistungen entgegen.

Die Kommunisten haben an unserer Arbeit nicht teilgenommen. Sie haben sie vielmehr immer und überall zu durchkreuzen versucht. Sie haben sich, in Schicksalsstunden der Demokratie, in die demokratische Front nicht eingereiht und unter verlogenen Rufen nach der Einheitsfront des Proletariats seine Zersplitterung vertieft. Sie haben den Anschluß an die internationale kommunistische Politik verweigert. Sowjetrußland ist in den Völkern und eingetreten, um eine Front des Friedens gegen den Faschismus aufzubauen zu helfen, die kommunistische Partei unseres Landes läuft gegen die Außenpolitik Sturm, die sich mit der Außenpolitik Rußlands vollkommen deckt.

Jede Stimme für die Kommunisten ist für die Arbeiterklasse verloren, stärkt ihre Feinde! Fort mit diesen Zerstörern proletarischer Kraft!

Fast alle deutschbürgerlichen Parteien haben feige und verantwortungslos vor dem faschistischen Ansturm kapituliert. Die Christlichsozialen sind belastet mit der Verantwortung für das reaktionäre Bürgerblockregime, für die Verschlechterung der Sozialpolitik bei vollen Staatskassen, für die Zerstörung der Gemeindefinanzen, für die Bürokratisierung der gesamten öffentlichen Verwaltung, für die Erstarkung der materialistischen Tendenzen und damit des Faschismus im deutschen Gebiet. Die christlichen Herrschaftssysteme Österreichs, Ungarns, Spaniens, hinter die sich unsere Christlichsozialen stellen, sind belastet mit der gewalttätigen Zerstörung der politischen Freiheit, das Blut der Freiheitskämpfer klebt an ihnen.

Hierzulande wollen sie uns als Demokraten kommen — fort mit ihnen!

Die kapitalistische Reaktion sammelt sich in den Reihen der Heimfront. Sie wirft sich zum alleinigen Sprecher des Sudetendeutschtums auf. Aber nur die Patronanz der reaktionären Kreise des tschechischen Bürgertums hat ihr überhaupt die politische Existenz ermöglicht.

Sie will keine bürgerliche Partei sein, aber ihre Wahlgelder stammen aus den Taschen der Fabrikanten, der Vorkämpfer des Industriellenverbandes,

Dr. R o s c h e ist zu ihr gestoßen, D o d e r e r, der Zerstörer Rothaus, zieht ihre Reihen.

# Fort mit der Ströbrny-Front, fort mit der Doderer-Front!

Die Heimfront wirkt um eure Stimmen, sie ringt um die Macht, aber sie sagt euch nicht, wie sie diese Macht ausüben will. Sie hat noch nicht verraten, mit welchem Wirtschaftsprogramm sie gegen Not und Elend kämpfen will. Sie hat ihr sozialpolitisches Ideal in der Gestalt des Arbeitspflegers verkörpert, dessen diktatorische Macht an Stelle des Tarifrechtes, der Arbeitsvermittlung und der Gewerbeinspektion treten soll. Sie will den Arbeitszwang und die Befestigung des gesetzlichen Anspruches auf Arbeitslosenunterstützung.

Das ist das wahre Gesicht der Volksgemeinschaft! Fort mit der Herrenfront!

Die Sudetendeutsche Heimfront zeigt ein doppeltes Gesicht: Ein demokratisches und staats-treues richtet sie gegen Prag, ein faschistisches hält sie ihren betörten Anhängern vor. Sie genießt das begeisterte Lob der Goebbelschen Propaganda und buhlt zugleich um freundliche Mienen der tschechischen Reaktion. Schwärzt in Prag von Loyalität und redet draußen von einer Saar-Ab-stimmung der Sudetendeutschen.

Macht dieses Doppelspiel zunichte!

Ihr müßt wissen, daß der Ruf der SDP nach der sudetendeutschen Totalität, die von K r a m á k und S t r ö b r n ý bereits ausgerufenen tschechisch-nationalistischen Totalität herbeiführen muß. Nationalistische Front der Minderheit gegen die nationalistische Front der Mehrheit, das bedeutet Ausschaltung der Sudetendeutschen von der politischen Mitbestimmung in der Tschechoslowakischen Republik. Jede Stimme für die Sudetendeutsche Heimfront ist eine verlore-ne Stimme für die Deutschen.

Fort mit der Front der Heimatzerstörer!

Wir appellieren gegen die blinde Leidenschaft an die Stimme der prüfenden Bes-munft, gegen die Völkerverhetzung an die Kräfte der Verständigung, gegen die Kräfte der Zer-störung an die Kräfte des Aufbaues. W ä h l e r e n t s c h e i d e t !

## Gegen die Kriegsgefahr für den Frieden

## Gegen nationalistische Fronten für die freundschaftliche Zu-sammenarbeit der Völker

## Gegen die faschistische Knechtschaft für Freiheit und Demokratie

## Gegen Elend und Not für Arbeitsbeschaffung und sozialen Schutz

## Gegen das Wirtschaftschaos für sozialistische Planwirtschaft

# Wählt sozialdemokratisch!

Die Parteikonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei

# Sudetendeutscher Zeitspiegel

## Kreiskonferenz in Trautenau

Ostersonntag trafen in Trautenau an die 150 Delegierte der Kreisorganisation der sozial-demokratischen Partei zusammen, um mit der Wahlarbeit zu beginnen. Wohl wurden die fäl-tigen Berichte der Kreisfunktionäre, die von dem Gen. H u g e r als Kreisvertrauensmann, dem Gen. F a u l e r als Sekretär des „Echo“ u. Gen. S c h o b e r als Leiter der Schriftenabteilung er-stattet wurden, mit großem Interesse entgegen-genommen, aber alles Denken konzentrierte sich auf die Arbeit der Konferenz für die Wahlen. In der Debatte, die den Berichten folgte, sprachen zehn Redner, die sich mit den einzelnen, für die Bewegung wichtigen Fragen beschäftigten und in sachlicher Weise sowohl Mängel kritisierten, als auch neue Wege für den Auf- und Ausbau der Partei wiesen.

Die Kandidatenliste für das Abgeordneten-haus, die von den Genossen Anton S c h ä f e r, Franz K r e j č i, Dr. Alois W ä h l b e r g e r und Franz K r a t i n a geführt wird, jene für den Senat mit den Spitzenkandidaten Anton J u s t, Trautman, Adolf S c h m i d t, Landolt, und Alois R ä t s c h l e, Jungbuck, sowie die Kandi-daten für die Landesvertretung, die Genossen Jo-sef M i c h l, P a r z d o r f, und Franz J u s t, Oberalt-stadt, werden einstimmig und mit großem Beifall akzeptiert.

Die geradezu bewundernswürdige Kampf-stimmung der Vertrauensleute des Trautenauer Kreises aber wurde offenbar, als Gen. T a n b über die Bedeutung des Wahlkampfes und die Arbeit unserer Funktionäre sprach. Seine mehr als einkundigen Ausführungen wurden immer und immer wieder von lauter Zustimmung unter-brochen und am Schlusse seiner Rede setzte ein Sturm des Beifalls ein, der lange Zeit anhielt.

Als Nachfolger für den insolge Vererbung von seinem Väteren scheidenden Kreisvertrauens-mannes, des Genossen Adolf H u g e r, dessen Ver-dienste um die Partei sowohl Gen. T a n b in sei-nem Referat, als auch Gen. Senator J u s t im Schlusswort der Konferenz eingehend würdigten, wurde Gen. M a b a n o l e einstimmig gewählt.

Der Ausklang der Konferenz war so er-hebend wie der ganze Verlauf derselben, er zeigte die Geschlossenheit der ostböhmischen Sozialdemo-kratie, deren Kampfkraft und Siegeswillen.

## Kreiskonferenz in Landskron

Im Volkshaus in Landskron lagte Osteronntag die Konferenz des Kreises Land-skron-Geulich, an der über 200 Delegierte und Gäste teilnahmen. Den Vorsitz führte Genosse A. L i n e r, der alte Delegierte und vor allem der Vertreter des Parteivorstandes Genosse Abg. K r a c o u n herzlich begrüßte. Aus dem Tätig-keitsbericht, den Genosse T r e m l erstattete, ging hervor, daß

die Bewegung in den zwei Jahren, auf die sich der Bericht erstreckt, erstarkt ist, sowohl an Par-

teimitgliedern, als auch an Organisationen, die von 44 auf 52 gestiegen sind.

Das politische Referat wurde von Genossen Abg. K r a c o u n erstattet, der von der Konferenz mit stürmischem Beifall empfangen wurde und ausführlich die politische Verhältnisse darlegte. Seine Ausführungen wurden einhellig ge-billigt und mit starkem Beifall quittiert. Nach seinen Ausführungen wurde über Antrag des Genossen S o f s c h e n (Geulich) beschlossen, an den Vorsitzenden der Partei, Gen. Dr. C z e c h fol-gendes Telegramm abzuschicken:

Die versammelten Vertrauensleute des Kreises Landskron stehen treu und geschlossen zu ihrer Partei und geben kampfbereit in die Wahlen. Unerschütter ist ihr Vertrauen zum Minister Genossen Dr. C z e c h und zum Par-teivorstand. Es lebe die deutsche Sozialdemo-kratie, es lebe der internationale Sozialismus! Freiheit!

Auch dieser Beschluß wurde einstim-mig gefaßt und löste stürmisches Beifall aus. Hier-auf erstattete Gen. T r e m l ein instruktives Referat über die Organisation und Führung des Wahlkampfes, und erstattete die Vorschläge für die Kandidatenliste. — Als Vizeführer wurde Genosse Franz K r a c o u n (Reichenberg) einstimmig und unter Beifall der Konferenz ge-wählt.

Die Debatte, die geführt wurde, zeugte von der reiflichen Übereinstimmung der Vertrauens-männer mit der Parteiführung und von der ideo-logischen Einheit der Auffassungen. Mit dem Ge-löbnis, alles zu tun, damit bei den Wahlen sich der Sieg an die Fahnen der Sozialdemokratie heftet, gingen die Vertrauensmänner der ostböhmischen Sozialdemokratie auseinander. Heim in die Dör-fer des Schönbergstaues und des Adlergebirges, um weiter, auf hartem Boden, für die Idee des Sozialismus zu wirken. Der prächtige Verlauf der Konferenz berechtigt zu den besten Hoffnungen.

### Heinrich Blazej

Am Osteronntag nachmittag verschied im Sanatorium Praha-Rodolff unser Genosse Hei-nrich B l a z e j, der sich ganz besonders in der Eisenbahnerbewegung und auf sozialem Gebiet im Krankenkasafachen hervoragend betätigt hat. Po-litisch ist der Kreis Währlich-Osttau mit dem Na-men Blazej eng verknüpft. Gen. Blazej war seit langem leidend; an der Klinik mußte er sich schließlich zu einer Operation entschließen. Leider traten Komplikationen hinzu, die ihn aus seinem arbeitsreichen Leben herausdriften.

Blazej wurde 1884 in Pilsbog geboren, wuchs in Krumm auf und kam frühzeitig in die Arbeiter-bewegung.

Der Verband der Eisenbahner und die ge-samte Eisenbahnerkassafache erleiden durch das Able-ben unseres Genossen Blazej einen schweren Ver-lust. Sein schmerzlicher Wunsch, den er kurz vor sei-nem Tode in einem Abschiedsbriefe geäußert hat, war die Vereinigung der deutschen und tschechi-schen Arbeiterkassafache.

## Kartenspiel mit tödlichem Ausgang

Reichenberg. In der Gemeinde Ratshendorf kam es am Morgen des Ostersonntags in einem Gasthause zu einem Kartenspiel, der ein böses Ende nahm. Aus einem Kartenspiel entwickelte sich eine Schlägerei, bei der der 53jährige Gustav K e s s e l, Vater von 3 Kindern, aus Neu-Pauls-dorf erschlagen wurde. In der Angelegenheit wurden 7 Personen verhaftet.

Die diesjährige Reichenberger Messe hat sich dem Wunsch ihrer Aussteller nachkommend, was die Messedauer anbelangt, den anderen Käufern

messen angegeschlossen und den Termin in diesem Jahre von Sonntag bis einschließlich Sonntag (18 bis 25. August) festgelegt. Dadurch werden den Ausstellern nunmehr zwei Messe-Sonntage als Geschäftstage zur Verfügung stehen. Der Grundgedanke, welcher den Aufbau der heutigen Messe leitet, ist, die heimische Industrie in ihren Bestrebungen zu unterstützen, ihr Exportvolumen zu vergrößern. Doch auch der möglichsten Ausweitung der Geschäftsmöglichkeiten im Inlande wird besonderes Augenmerk zugewendet werden.

Kind im Brunnen ertrunken. Am Ostersonntag spielte in Pahl (bei Komolan) die dreijäh-rige Helga K i d l mit anderen Kindern vor dem elterlichen Hause. Bei dem Versuch, aus einem Brunnen Wasser zu schöpfen, stürzte das Mädchen in den Brunnen. Das Kind konnte nur noch ge-leide geborgen werden.

# Regierung Toschew in neuer Gestalt

## Ein Kabinett des Königs?

Die bulgarische Regierungskrise ist Montag zu einem vorläufigen Abschluß gelangt. T o s c h e w hatte nach der Demission zweier seiner Mitarbeiter noch vor der Vereidigung seine Mis-sion zurückgelegt. Daraufhin bemächtigte sich der Garnison und der Bevölkerung große Unruhe, verhandeln und brachte ein neues Kabinett T o s c h e w zustande, dem als Außenmini-ster K j o s e j w a n o w (chem. Gesandter in Belgrad), als Innenminister General M t a n a z e w, als Kriegsminister C a n e w, ferner K j a s t e w (Zinzangen), K a r a g i o s o v (Juzits), K a b i n e t t s d e r U n t e r r i c h t s m i n i s t e r R a d e w angehörend.

C a n t o w und G e o r g i e w wurden aus der Haft entlassen. S i a t e w pensioniert, während das Kabinett einerseits als Übergangsregierung kommentiert wird, erscheint es ander-erseits, so gerade in dem Manifest des Königs, als Träger einer neuen Ära. Es soll vor allem eine neue V e r f a s s u n g ausarbeiten. Im allgemeinen ist man der Ansicht, daß der König selbst die politische Führung in der Hand hat und daß die Zeit der Partei- und Militär-diktaturen vorüber sei.

(W.) Der neue Regierungswechsel in Bul-garien, der dritte innerhalb eines Jahres, trägt natürlich nicht gerade dazu bei, die Autorität des autoritären Regimes zu erhöhen und zeigt, daß die Verhältnisse in Bulgarien noch sehr wenig stabil sind. Bulgarien ist innen- und außenpolitisch ein unsicherer Faktor. Dabei würde man gerade aus außenpolitischen Gründen wünschen, daß Bul-garien endlich seine Gleichgewichtslage findet. Koch hat sich nämlich bei den Nachbarn die Beunruhigung nicht ganz geliebt, die sich aus dem Verhalten Bulgariens während des Beneš-Louis-Putsches er-gab, und die Erklärung Bulgariens, daß es seine Aufrüstungsansprüche ohne Rücksicht auf die Ver-tragsgenossen von Neuem verwirklichen werde, hat diese Beunruhigung nicht gerade zu weiteren ver-mindert. Das Scheitern des Benesch-Louis-Putsches hat die bulgarischen Ambitionen auf die Parititäts-mündung zunächst verdrängt. Um so vorrangiger steht jetzt die Frage der militärischen Gleichbe-rechtigung auf der Tagesordnung. Dadurch will man den vielen politisierenden Offizieren wieder eine Beschäftigung geben. Es ist verständlich, daß angesichts dieses Hintergrundes die Frage nach dem kommenden politischen Kurs im Innern erhö-bte Bedeutung bekommt. Mit Stimmungen stellt der Beobachter fest, wie viele politische Lager es noch in Bulgarien gibt und wie wenig wirksam dema-gogisch die Auflösung der politischen Parteien ge-wesen ist. Neben den republikanischen Offizieren, den monarchistischen Offizieren und den K a n t o w i t e n, die die Ausschließung des Militärs aus der Politik

fordern (einfach weil sie in ihm ein Hindernis für die Durchsetzung des bulgarischen National-sozialismus sehen), darf man ja auch nicht die demokratischen Parteien, insbesondere die P a u e r b u n d, vergessen, der in der Krone des Militärs mit den K a n t o w i t e n einig ist. Der König neigt offenbar den demokratischen Kräften zu, vermochte sich aber bis jetzt in dieser Richtung nicht durchzusetzen. Gegen ein Experiment mit K a n t o w ist er jedenfalls, obwohl dessen Verwendung am meisten von dem Verbot der Parteien profitieren zu haben scheint. Sie von viele ehemalige Staats-mitglieder an sich, sabotierte das Parteiverbot. Durch-sehte geschick die Schaffung eines Einparteiensystems zum Ziel. K a n t o w ist zwar nicht mehr der Gleiche von 1923, wenigstens in taktischer Hinsicht. Dabei seine Bemühungen um Arbeiter und Bauern, die hat darin von den deutschen Nationalsozialisten gelernt. Aber sein Regime würde, von allen außenpolitischen Konsequenzen abgesehen, wieder um alle die Leiden heraufzuführen, die man sich denket wärdte, insbesondere durch das Bündnis K a n t o w s mit der mazedonischen Junta.

Durch Mittelsmänner, wie den Außenminister D i a c o w, hat K a n t o w auf den neuen Minister-präsidenten T o s c h e w einen Druck aus. Auf der anderen Seite drängt der bisherige Innenminister Oberst K o l e n, den die K a n t o w i t e n einen M i n i s t e r p a l a z nennen, weil er sich ihren Waktansprüchen widersetzt, auf keinen Fall nachzugeben, so daß T o s c h e w bereits von beiden Seiten bedrängt

# Dr. Czech eröffnet den Wahlkampf im deutschen Lager

## Seine Rede auf der dienstägigen Prager Reichskonferenz

In der von 160 Delegierten der Parteiorganisationen besuchten Parteikonferenz der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik, die am Dienstag, dem 23. April im Steinerfaal des Volkshauses in Prag stattfand und in welcher die Genossen Doktor Heller, Köppler und Genossen Kivald den Vorsitz führten, hielt der Parteivorstandende Minister Doktor Ludwig Czech ein Referat, das etwa einhalb Stunden in Ausbruch nahm und welches weg- und richtungweisend die Einleitung unseres Wahlkampfes darstellt. Die Ausführungen des Genossen Dr. Czech wurden in Spannung angehört und öfters von Beifall begleitet. Das Referat und seine Wirkung boten das Bild der Einheit und Geschlossenheit der Partei. Genosse Doktor Czech führte aus:

„Wir leben in einer Zeit schwerer politischer Gewitterschwüle, die sich nicht nur in der internationalen Politik fühlbar macht, sondern auch das innerpolitische Leben der Staaten und Völker völlig beherrscht. Es genügt, auf die internationale Entwicklung der letzten Monate zu verweisen. Noch vor ganz kurzer Zeit hatte es den Anschein, als würde uns infolge der Kriegstreiberereien des faschistischen Diktators eine neue, in ihren Auswirkungen unabsehbare internationale Konflagration nicht erspart bleiben, als gäbe es keine Macht der Erde, die dem Diktatorismus die Stirne zu bieten vermöchte. Damals ging eine allgemeine Verängstigung durch Europa und der Krieg war wieder in aller Munde. Wohl ist in den letzten Tagen — nach den Beratungen von Stresa und Genf — die Angst wieder gewichen und eine Verabstimmung eingetreten. Denn die nahezu einmütige Brandmarkung des faschistischen Diktators hat den Glauben der Völker an die Demokratie wieder gestärkt und die Sorgen — wenigstens für einige Zeit — wieder gebannt.“

# Planwirtschaft — trotz Liebig, Preiß und Mühlig!

Über auch wirtschaftlich verleben wir augenblicklich schwere Stunden. Ein harter Winter liegt hinter uns, der Witternis für die arbeitenden Menschen. Die Frühlingsschwüle hat nur im Bereiche der öffentlichen Arbeiten Erleichterungen gebracht. Die Durchführung der nach Milliarden zählenden Investitionen wird sicher eine weitere Verbesserung herbeiführen. Doch die industrielle Produktion zeigt nach wie vor ein trübseliges Bild und eine Verfahrtheit, wie sie trotz aller Mühen nicht gebrochen werden kann. Kein Wunder, daß der Ruf nach einem industriellen Wirtschaftspläne immer lauter und immer härter wird und daß er nicht nur aus den sozialistischen Kreisen kommt, sondern auch aus dem bürgerlichen Lager und nicht nur aus privaten Kreisen, sondern auch aus der Mitte der Regierung, die sich dessen bewußt ist, daß die Staatsinitiative, die sich in planmäßiger Durchführung großer Investitionen ausdrückt, den durch das Verschulden unserer Wirtschaftsführer immer weitergehenden Niedergang der Industrie nicht zu paralysieren vermag. Aber was nützt der Appell der ganzen Öffentlichkeit an unsere Wirtschaftsführer, wenn sie ratlos vor sich hin trauern und die Größe der Aufgabe, vor die sie gestellt sind, nicht begreifen, wenn sie allen guten Ratsschlägen hartnäckig Widerstand entgegensetzen? Was soll man dazu sagen, wenn der Reichsberger Kammerpräsident Liebig das „Schlagwort von der Planwirtschaft“ als einen „ausgesprochenen Unsinn“ bezeichnet und wenn er die Unmöglichkeit von „Preisdepressionen“ mit der unaufhaltsamen Verarmung der Bevölkerung begründet, an welcher vor allem die Unternehmer mit ihrer unsozialen Lohnpolitik, mit ihrem Drängen nach Herabdrückung der sozialen Löhne, mit ihren immer weiteren Kreis der Produktion erweiternden Nationalisierungsmassnahmen, mit ihren ganz willkürlichen Betriebsstellungen, mit ihrem Mangel an Initiative und neuen Ideen die Hauptschuld tragen. Vergebens wird man in der Rede des Herrn Handelskammerpräsidenten Liebig auch nach einem Ausweg aus der Krise suchen, den er nicht nur als Unternehmer, sondern auch als Vorkämpfer einer der bedeutendsten Wirtschaftsorganisationen des Staates zu zeigen verspricht wäre. Nichts von alledem ist darin zu finden, dafür aber eine sehr warme Propaganda für die Henleins „Volksgemeinschaft“, mit der dazu gehörigen Propagandierung, mit dem Appell zur gemeinsamen Arbeit — nämlich der Fabrikanten und der Arbeiter — mit dem Anrufen der Demokratie — natürlich zugunsten des unterdrückten Arbeitgebers — mit einer ganz kammern Wahlwerbung, wie sie bisher in einer Kammerkammer, also in einer unpolitischen, ausschließlich wirtschaftlichen Aufgaben dienenden Körperschaft noch nie geübt wurde. Es hat Zeiten gegeben, in denen der Herr Liebig nicht mit Volksgemeinschaften und Volkfronten operierte, sein Kammermandat zur Seite schob, sich nicht auf das „freie Spiel der Kräfte“ der tschechoslowakischen Wirtschaft verließ, nicht den Grundsatze der „Selbstverwaltung“ der Wirtschaft geltend machte, sondern alle Hebel zugunsten eines nun plötzlich so verpönten faschistischen Eingreifens in die Verwaltung setzte. Doch das nur nebenbei!

In den gleichen Gedankenängen, wie Herr Kammerpräsident Liebig, bewegen sich auch die jüngsten Parteigenossen des Präsidenten des Industriellenverbandes, Dr. Preiß, der natürlich auch diesmal wieder einen Plan ins Deutsche Reich unternahm, sich mit aller Entschiedenheit gegen jedes generelle „Planwirtschaft“ und das Planen, wenn überhaupt, so nur in gewissen Erzeugungskreisen und nur durch die „auto-

## Kampfbereitschaft gegen den Welt-Fascismus

Leider ist aber der faschistische Gefahrenherd noch immer da und mit ihm die ständige Bedrohung des Friedens, dieses kostbaren Stückchens der Demokratie und der Freiheit der Völker.

Darum müssen sich alle demokratischen Kräfte der Welt aufs engste zusammenschließen, wachsamem Auge die weitere internationale Entwicklung verfolgen und für volle Bereitschaft sorgen, wenn neue Gefahren aufklammern sollten.

Die Aufgabe der Arbeiterklasse in der Abwehr und Kampffront gegen den Faschismus ist dadurch von selbst gegeben. Sie muß sich an die Spitze des Kampfes stellen, denn in diesem Kampfe wird vor allem ihr Schicksal entschieden.

„nomen nraie“ der Wirtschaft, also ohne Zwischenstufen des Staates, also ohne „Eingriffe der Regierung“ für möglich bezeichnete. Natürlich erklärt er zum schmerzlichen Male den Zusammenbruch des bisherigen wirtschaftlichen Systems der Tschechoslowakei für ausgeschlossen und stellte eine baldige Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse in Aussicht, wobei er empfiehlt, daß man sich noch für eine Zeitlang den „engeren Verhältnissen“ werde anpassen müssen.

Wir verstehen sehr wohl, daß sich die Herren Dr. Preiß und Liebig und auch Herr Mühlig, dessen letzte Rede sich auf dem gleichen Niveau bewegte, noch recht lange den „engeren Verhältnissen“ werden anpassen können. Die arbeitenden Menschen aber, denen Lohel der Momen enger geschnürt wird, können mit ihren darbedenden Familien nicht länger warten.

Sie lassen sich mit weiteren Versprechungen der Industrie hinsichtlich der autonomen Neuordnung der industriellen Produktion nicht länger abpressen und fordern, da sich die Wirtschaftsführer als unfähig erwiesen haben, das Produktionschaos Herr zu werden, eine von den Interessen der Gesamtbevölkerung diktierte, auf sozialistischen

# Die Wahlen — Schicksalsfrage für die demokratische Friedenspolitik der ČSR.

In einer solchen Situation gehen wir in die Wahlen. In normalen Zeiten fällt ihnen die Aufgabe zu, der Bevölkerung die Nachprüfung der Arbeit der parlamentarischen Mandatäre zu ermöglichen, für eine den neuen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten angepasste Zusammensetzung des Parlamentes Sorge zu tragen und dadurch die Grundlage für die Bildung der neuen Regierung zu schaffen. Diesmal aber geht es um viel mehr. Diesmal wird die Bevölkerung vor schicksalsschwere Entscheidungen gestellt sein, die aus der internationalen Situation fließen und die durch die innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes diktiert sein werden. Um es vorher zu sagen und damit die wichtigste Aufgabe herauszugreifen und voranzustellen:

**es wird diesmal um die Frage gehen, ob die Tschechoslowakische Republik, die bisher der faschistischen Welle, dem Ansturm der Reaktion so gut zu trotzen vermochte, die mitten im faschistischen Mitteleuropa eine Insel der demokratischen Freiheit geblieben ist, dem demokratischen Ringen um den Frieden, ihrer nunmehr schon traditionellen Friedensmission, auch weiter wird gerecht werden können.**

## Das Verdienst Dr. Beneš' und der sozialdemokratischen Unterstützung

Diese Frage ist mit dem Wahlausgang aufs innigste verknüpft. Das soll an einem Beispiel demonstriert werden. Heute ist es bereits jedermann klar, daß sich erst durch den Eintritt Rußlands in die europäische Politik und den Völkerverbund

Grundsätze aufgebaute Neuordnung unserer Wirtschaft und insbesondere unserer industriellen Produktion. Das Elend der Massen, die durch ein halbes Jahrzehnt die schwersten Entbehrungen über sich ergehen lassen mußten, erhebt ein rasches Zugreifen der entscheidenden Stellen. Man bedenke doch, daß wir noch Ende März, also bereits nach dem Beginn der Saisonarbeiten, 803.000 Arbeitslose, also um 14.000 mehr als im Vorjahre verzeichneten. Was soll mit all diesen Menschen geschehen? Wie sollen wir sie in den Produktionsprozeß zurückführen?

Dabei dürfen wir ein richtiges Moment nicht übersehen. Was Arbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit, was Elend und Verzweiflung der Massen im Gefolge haben können, das haben wir in den Nachbarländern erlebt, in denen die politischen Katastrophen in sehr bedeutendem Maße auch auf die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen dieser Länder zurückzuführen waren.

Sollen wir warten, bis auch unser Land das Opfer solcher Erschütterungen wird, die uns bisher erspart geblieben sind und die wir durch unsere Arbeit und unsere Aufopferung bisher zu bannen vermochten?

Man bedenke weiter, daß schwere politische Katastrophen die Tendenz haben, auch auf die Nachbarländer überzugreifen. Das zeigt uns der seinerzeitige rapide Aufstieg der deutschen nationalsozialistischen Partei unseres Landes, die sich nicht nur den Sieg des Diktatorismus, sondern auch die Wirtschaftskrise und den Zustand der arbeitenden Massen in so hohem Maße nutzbar zu machen verstand. Und das sehen wir jetzt am raschen Wachstum der Heimatsfrontbewegung, die, da sie nicht mit ihrer Galenkunst-Barde herausstücken kann, ihre agitatorischen Lebenskräfte aus dem Verkauf der Produktion, dem Niedergang des Exportes und der Massenarbeitslosigkeit schöpft und dabei überdies noch durch jeden Erfolg der faschistischen Gewaltpolitik — siehe Saart und allgemeine Wehrpflicht in Deutschland — bestärkt und emporgerissen wird. Darum müssen wir dazu sehen, daß dem Elend in den Industriezentren, in den Export- und Handarbeitern, so rasch als möglich ein Ende gemacht wird. Die Arbeiterklasse sieht auch hier den Weg ganz klar vor sich. Sie vertraut darauf, daß man im Bereich der Landwirtschaft durch planmäßige Neugliederung über das Schlimmste hinwegkommen konnte. Sie fordert aber, daß auch in der industriellen Produktion Ordnung gemacht werde. Die bisherige „Selbstverwaltung“ der Industrie brachte nichts als ein müßes Durcheinander, ein Verrotten, eine vollständige Stagnation der Produktion. Also auch der Staat — ebenso wie bei der Landwirtschaft — auch bei der Industrie zugreifen und für deren planvolle Neuordnung Sorge tragen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir international, wirtschaftlich und innerpolitisch vor schweren Sorgen stehen, die so rasch als möglich und mit der größten Entschiedenheit, auszugleichen, unsere nächste Aufgabe ist.

eine gewaltige Wendung in der internationalen Politik und insbesondere eine bedeutsame Wandlung zum Besseren vollzogen hat, daß die internationale Politik einen ganz neuen Inhalt, ganz neue Fundamente, ganz neue Sicherungen, ein ganz neues Antlitz erhalten hat. Nun ist es ein offenes Geheimnis, daß die Eingliederung Rußlands in die europäische Politik in sehr hohem Maße dem Weltfriede und der Stabilität und vor allem der Initiative unseres Außenministers Dr. Beneš zu danken ist. Diese Initiative reicht viele Jahre zurück, doch wurden alle diebezüglichen Bemühungen des Außenministers immer wieder durch die Kräfte des feinerartigen nationaldemokratischen Partinens zurückgehalten. Und wenn es schließlich doch gelungen ist, sie in die Tat umzusetzen, die Anerkennung Rußlands durch unseren Staat zu verwirklichen, die Eingliederung Rußlands in den Völkerverbund und in die europäische Politik durchzusetzen,

**so ist dies mit ein Werk der sozialdemokratischen Regierungsteilnahme, die den Außenminister in seinen Bemühungen unterstützt hat und vielfach auch dabei der treibende Faktor gewesen ist.**

Das ist ein Beispiel unter vielen, an denen die Richtigkeit unserer Behauptung erwiesen werden kann, daß der Platz der Arbeiterklasse in der heutigen Schicksalsstunde an jener Stelle ist, wo die großen Entscheidungen fallen und

**daß die Arbeiterklasse alles daran setzen muß, um sich nicht nur den Anteil an der Staatsmacht zu sichern, sondern diesen Anteil so zu ver stärken, daß er in den Schicksalsstunden der Arbeiter-**

## Klasse in vollstem Maße ins Gewicht fallen und den Ausschlag zu geben vermag.

Denn die Probleme der auswärtigen Politik sind die brennendsten Probleme des kämpfenden Proletariats. Wir dürfen sie in keinem Augenblick aus den Augen verlieren und müssen alles daran setzen, damit wir ihre Lösung mitbestimmen können.

Darum müssen wir im kommenden Wahlkampf der Arbeiterklasse Sinn und Bedeutung der internationalen Politik vor Augen führen, ihr die Gefahren aufzeigen, von denen sie umgarnet ist und alle Kräfte aufbieten, die Dispositionen der Arbeiterklasse zu härten und sie so vor dem Schicksal zu bewahren, das unseren Brüdern in den Nachbarländern beschieden ist.

## Die fascistischen Bestrebungen in der ČSR.

Doch auch innerpolitisch harren unser schwere Aufgaben, für deren Lösung der Wohlstand ausschlaggebend ist. Wie in allen anderen Ländern, sind auch bei uns nationalistische und fascistische Kräfte am Werk, um die Unsicherheit der internationalen Situation, die aus der Krise des Kapitalismus resultierenden großen Schwierigkeiten, den großen Notstand der arbeitslosen Menschen für ihre reaktionären Zwecke nutzbar zu machen. Auch die tschechoslowakischen Wirtschaftsführer wissen nur zu gut,

**daß es dem kapitalistischen System an den Krängen geht**

und sie suchen in ihrer Keilhaftigkeit zu reiten, was zu retten geht. Unfähig, das Produktionschaos, das sie selbst angerichtet haben, zu meistern, greifen sie wie die kapitalistische Bourgeoisie der anderen Länder, zum letzten Auskunftsmitel, für das ihre Verbandskräfte reichen, zur Gewalt, um mit Hilfe ihrer noch bedeutenden Machtmittel der rebellierenden Kräfte Herr zu werden.

Allerdings sind sie in unserem Lande in einer fataleren Situation als anderswärts, da hier der demokratische Geist in der Bevölkerung viel zu sehr eingewurzelt ist, um ebenso wie in den Nachbarländern einfach über Nacht weggejagt werden zu können.

Das gilt vornehmlich für die tschechische Bevölkerung, die, im Geiste der Demokratie erzogen, in ihrem überwiegenden Teile an ihren demokratischen Traditionen festhält und sich trotz aller nationalfascistischen Treiberereien aus ihren demokratischen Bahnen nicht hinausziehen läßt. Es genügt wohl, auf die Tatsache zu verweisen, daß die in der sogenannten „Nationalen Vereinigung“ zusammengeschlossenen tschechischen Parteien nur einen kleinen Bruchteil des gesamten tschechischen Volkes ausmachen.

## Henleins fascistische Prätorianer und die Tragödie des sudetendeutschen Bürgertums

Anders liegen die Dinge im deutschbürgerlichen Lager, in dem der Geist des Herrtums auf viele Jahrzehnte zurückreicht und der Kampf gegen die Arbeiterklasse traditionell ist. Hier schlagen die nationalfascistischen Wellen naturgemäß immer sehr hoch und so ist es auch heute. Hier hat augenblicklich der alte, bereits sieben Jahrzehnte währende, für die sudetendeutschen Gebiete typische Kampf der kapitalistischen Bourgeoisie gegen die sozialistische Arbeiterklasse den Siedepunkt erreicht. Diesen Kampf führt diese Bourgeoisie aber, um es bildlich zu sagen, nie „eigenhändig“, sondern immer nur durch die von ihr ausgeübten und beachteten Prätorianergarden, die sie sich schon im alten Oesterreich als sogenannte deutschgelbe Arbeiterpartei zurecht gezimmert hatte, die wir im tschechoslowakischen Staat unter den verschiedensten Namen wiederfanden, die dann in den Krisenjahren zur deutschen nationalsozialistischen Partei emporwuchs und aus der schließlich die Sudetendeutsche Heimatfront entstand. Zwar bemüht sie sich kampfhaft, nachzuvieken, daß sie eine „neue“, „aus dem Heimatboden erwachsene“, „in dem Innersten des Herzens des Volkes ererbene“, nicht in der alten Monarchie wurzelnde Bewegung ist. Aber da nützt kein Ablegen. Die Sudetendeutsche Heimatfront kann es doch nicht in Abrede stellen, daß sie den ganzen menschlichen fundus instructus der aufgelösten deutschen nationalsozialistischen Partei sowie der verbotenen Nationalpartei mit Haut und Haaren wahllos und unbedenkenlich verschluckt und nun naturgemäß allen Grund hat, zur Caesarsierung dieser Tatsache alle Tar-nungskünste spielen zu lassen.

Doch der Versuch der Heimatfront, sich durch großartige Tar-nungsmittel in das politische Leben einschleichen, ist noch lange nicht das Schlimmste. Viel schlimmer ist, was sich seit der Entstehung der Heimatfront im deutschen Lager abgepielt hat und was man mit Aug und Recht als die größte Tragödie der sudetendeutschen bürgerlichen Politik bezeichnen kann.

## Das Ringelspiel

Was sagt man beispielsweise dazu, daß Herr Konrad Henlein, der seine ganze Politik auf die sudetendeutsche „Volksgemeinschaft“ gestellt hat, gleichzeitig mit dem Landbund über die Aufstellung des deutschen Gebietes und der deutschen Menschen, über die Abgrenzung der Interessensphären verhandelt, das sudetendeutsche Gebiet ausparzelliert und einen

Teil dieser bedeutendsten Parzellen samt Aind und Stengel dem Landwirtsch. Partner zu übertragen bereit ist? Allerdings ist es dann schließlich zu diesem empörenden Menschenhandel gekommen. Aber das es nicht dazu gekommen ist, war nicht Herr Konrad Henlein allein, sondern der unbändigen Geschäftigkeit der Heimatfront zu danken, die sich mit territorialen oder händischen Abgrenzungen und selbst mit den ihr übrig gebliebenen vier Fünfteln der Kolonialbevölkerung nicht zufrieden gab und alles restlos für sich verlangte.

Oder was sagt man zu folgendem Trauerspiel? Stenzl vermittelte dem Henlein den Zutritt zu Minister Spina. Aus Dankbarkeit schließt Henlein einen auf dem Gebiet der hassernden Kolonialpolitik mit Stenzl. Als es sich an den Mandaten zu spielen begann, schloß Stenzl einen Wahlpakt mit Spina. Darauf kaufte Henlein eine eigene Gewerbetaxone und schließt nun wieder auf Stenzl los. Da dem Stenzl die Mitglieder und Senatoren davon zu laufen beginnen, ist Stenzl innerlich über den Wahlpakt mit Spina und sucht bei Henlein ein Mandat unter Schutz. Aber die Mandate waren bereits ausverkauft, also machte sich Stenzl nochmals auf die Socken und sieht jetzt, da er vorläufig keinen anderen Partner finden kann, wieder in der Linken. Dieses Ringenspiel führt man dem deutschen Volk als „Volksgemeinschaft“ aufzuspielen! Das sind nur zwei von den Glanznummern des Varietés, das der politischen Öffentlichkeit in den letzten Monaten im deutschbürgerlichen Lager vorgeführt wurde, wobei die Herren der Heimatfront die Hauptattraktion bildeten und den größten Teil des reichhaltigen Programms selbst zu bestreiten haben. Dabei tun sie sehr entrüstet, wenn man sie mit den Bürgerlichen in einen Topf wirft. Sie rufen — mit Goebbels! — in die Welt: „Wir sind keine bürgerliche Angelegenheit.“

**„Die Idee über uns...“**

Wenn ich über die für die bürgerlichen Schichten nicht zu leugnende Anziehungskraft der Heimatfront nachdenke, frage ich mich immer und immer wieder nach den psychologischen Gründen. An dem Programm kann es nicht liegen, da keines vollständig und im Hinblick auf die Anan der widerstreitenden Interessen auch nie erschienen wird. Der Ausbruch Henleins: „Wir waren Deutsche, wir sind Deutsche und wir bleiben Deutsche.“ wird kaum himmelstürmende Wirkungen gezeigt haben. Was an konkreten Lösungsvorschlägen in die Welt gesetzt wurde, wie etwa das „Arbeitsbeschaffungsprogramm“, das hätte eine Lebensdauer von einigen Tagen und wurde selbst von bürgerlichen Seite zu Grabe getragen. Wo können es nur die Verheerung und Kampfmethoden sein, die der Goebbelschen Propagandaschule entlehnt wurden. So die ganze Aufmachung der Bewegung, so der prompt aufzulaufende Jubel beim Anblick des Führers, der wilde, aber männliche beherrschte Triumph der Kameraden, die kraffe Disziplin der 2000 — man denke an die Helden der Thermopylen, aber es waren nur Amtswalter —, der mutige Schritt, der ein Durchbruch begehrter Dinge an die hohe Idee war — man denkt an die Herrmannschlacht, aber es war nur eine Propagandabereitung —, die mutige Kampfanzeige — man denkt an den Hilserschen Panischschlag, aber es war die Einhammerung des Gedankens, daß wir einzig sein müssen. Und da sind wir schon beim Kernpunkt angelangt.

Ränge haben wir auf das erlösende Wort Henleins gewartet. Es sprach in Teilschen auf, wo Henlein die Parole verkündete: „Die Idee über uns“. Aber welche Idee? Es gibt gute und schlechte Ideen, es gibt alte und neue Ideen, Besser eine gute alte Idee, als eine schlechte neue. Henlein selbst gab in Teilschen darüber Bescheid:

„Wir haben nur einen Gedanken in die Herzen und Hirne der anhängigen Menschen geschmeißt, den Gedanken, daß wir einzig sein müssen, wenn wir nicht politisch und wirtschaftlich zugrunde gehen wollen.“

Das also ist die erlösende Idee. Daß wir einzig sein müssen, ist eine schöne Sache. Die Frage ist, ob wir es können. Das Wort „Seid einzig, einzig!“ hat Friedrich Schiller bereits im Jahre 1804 in seinem „Wohlfühl“ dem sterbenden Attilahäuptling in den Mund gelegt. Im Jahre 1935, also nach 130 Jahren, hat es der lebende Konrad Henlein auf sein Panier geschrieben. Die Idee ist also nicht neu, sondern recht alt! Daß sie aufgeführt werden mußte, kann gegen das deutsche Volk sprechen. Soweit es aber seine Programm-Idee im Jahre 1935 sein soll, spricht es gegen Konrad Henlein, der unmöglich die großen, täglich sich verschärfenden Klassen- gegenstände innerhalb des deutschen Volkes übersehen kann, die der Verwirklichung der Einigkeit und der deutschen Volksgemeinschaft im Wege stehen.

**Die „Volksgemeinschaft“**

Wenn Herr Sedekowitsch, einer der Mitarbeiter Henleins, den Reichsberger Vertrauensmännern schrieb:

„Die SHF ist tatsächlich die Partei der Volksgemeinschaft. Denn wenn auch vor ihr viele Männer die Volksgemeinschaft gewollt haben, so hat doch nur die Heimatfront die Sehnsucht wahr gemacht.“

So ist dies nicht nur ein Wahlzettel, sondern eine aufgelegte Unmöglichkeit. Denn es ist der Heimatfront wohl gelungen, die Mitgliedschaft der aufgelösten und verbotenen Parteien um sich zu scharen, die Mitgliedschaft jener Parteien zu kapern, die ohne sich zu schlagen, panikartig davongelaufen sind, die Mitgliedschaft jener Parteien zu bejammern, die überflüssig sein wollten und sich mit ihm eingelassen hatten und die er dann einfach sitzen ließ. Damit ist aber die

„Sehnsucht“ nach der Einigung des deutschen Volkes noch lange nicht erfüllt, denn noch immer besteht eine ganze Reihe deutscher Parteien, denen es nicht im Traum einfällt, sich im Reich der heiligen Einigkeit von Herrn Henlein verzeihen zu lassen. Ich nenne da nur die

- Deutsche christlichsoziale Partei,
- den Bund der Landwirte,
- die Deutsche Gewerbetaxone,
- die Deutschdemokratische Freiheitspartei,
- den Sudetendeutschen Landbund,
- die deutsche Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei,

**Das Trojanische Henlein-Roß kommt nie in die Regierung!**

Und nun muß man sich, da man vor den Wahlen steht, darüber klar werden, welche Aufgabe — abseits von dem parteimäßigen Ziele — der „Sudetendeutschen Politik“ in diesem Wahlkampf zufällt. Die Sache ist nicht so einfach, als es sich die Herren von der Heimatfront zurechtgelegt haben. Denn angenommen, es würde der Heimatfront gelingen, alle Deutschen restlos, also bis auf den letzten Mann in ihre Reihen einzugliedern, so wie dies Herr Sedekowitsch bereits als vollzogene Tatsache, als erfüllten Wunschtraum Henleins in der Reichsberger Vertrauensmännerversammlung angekündigt hat: Was ist damit geschehen? Die Deutschen bilden ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakischen Republik. Was sagen sie mit der deutschen „Totalität“ an?

Sie wollen, sagen sie, das Mitbestimmungsrecht im Staat. Dazu gehört aber mehr, als die deutsche Totalität. Hier haben auch andere Faktoren mitzureden.

**Wen gibt es im Staate, der von der Bereitwilligkeit Henleins, in die Regierung zu gehen, und das Trojanische Henlein-Roß in die Regierung hineinzuführen zu lassen, Gebrauch zu machen bereit sein würde?**

Sie selbst haben noch vor einigen Tagen darüber bittere Klage geführt, daß die Auflösung ihrer Partei noch immer verhandelt werde.

**Und nun sollten sie glauben, daß ihnen, deren Mitgliedschaft zu 90 Prozent aus dem Inventar aufgelöster und verbotener Parteien besteht, die Mitverwaltung des Staates übertragen werden werde?**

Sind sie und ihre kapitalistischen Drahtzieher der Meinung, daß sich innerhalb des tschechoslowakischen Volkes irgendein Partner für ihre Mitarbeit in der Regierung finden könnte? Sie verkünden, daß sie eine aktivistische Partei seien, die Mitbestimmung im Staate fordern und sagen, siehe die „Rundschau“ vom 14. April d. J., in Valkenleiten jenseits: „Aktivismus ja, aber nur mit Konrad Henlein!“ Glaubt jemand — natürlich außerhalb der Henleinschen Anhängerschaft — daß mit einer solchen Möglichkeit auch nur im Entferntesten zu rechnen ist?

**Ernüchterung bei den Schriftleitern**

Erfreulicherweise machen sich in den letzten Tagen, auch in deutschbürgerlichen Kreisen, und besonders auch in der deutschen Schriftleiterspreche, die bisher mit Henlein durch die und dünn gegangen ist, Spuren von Ernüchterung bemerkbar, an der es bei den großwahnwahnigen Henlein-Leuten vollständig fehlt. Wohl herrscht darüber, daß der Schlag der Deutschen in und nicht außerhalb der Regierung ist, nur eine Meinung. Am 17. d. M. schrieb der „Teplitz-Schönauer Anzeiger“:

„Wenn auch die Erfahrungen seit 1926 nicht gerade übermäßig sind, so glauben wir, daß die Deutschen alles daran setzen müssen, nicht mehr aus der Regierung auszuscheiden oder sich hinausdrängen zu lassen. Wir haben ein ganz besonderes Interesse daran, in dieser höchsten staatlichen Körperschaft Sitz und Stimme zu haben und auch unsere deutschen Minister zu stellen.“

Natürlich ist dem „Teplitz-Schönauer Anzeiger“, der den Kampf gegen die deutschen Minister bisher mit der größten Schamlosigkeit geführt hat und der hundertprozentig auf den Kampf der Heimatfront eingestellt war, am erwünschtesten, die deutsche Sozialdemokratie aus der Regierungsteilnahme ausschalten. Er macht auch aus dieser Tatsache kein Geheiß. Aber er gibt auch gleichzeitig der Heimatfront zu verstehen, daß sie nur an der Teilnahme an der künftigen Koalition interessiert sein könne, „da es sich ja gezeigt hat, daß in der Opposition nichts zu erreichen ist.“

Auch die „Reichsberger Zeitung“, die inzwischen ins Henlein-Lager abgeschwenkt ist, sieht die Situation klar vor sich. In der Nummer vom 6. d. M., in der sie sich mit dem „Wahlaufruf der tschechischen Parteien“ beschäftigt, schreibt das Blatt:

„Man darf auf deutscher Seite die Aussichten der „Nationalen Vereinigung“ nicht überschätzen, vor allem aber nicht eine Panikstimmung aufkommen lassen, die eine tschechische Rechtsregierung, ohne und gegen die Deutschen, kommen ließe. Es wird im hohen Maße vom deutschen Wähler abhängen, ob die allnationale Koalition wiederkehrt; wenn er die allbewährten aktivistischen Parteien im Stiche läßt, zu denen die Tschechen Ver-

von der sozialdemokratischen Partei gar nicht zu reden, die in diesem Kampfe Beweise von Lebens- und Schlagkraft erbringen wird, die den Herrn Konrad Henlein und Sedekowitsch die Lust am Fabulieren gründlich austreiben werden.

**Mit der Verwirklichung der „Volksgemeinschaft“, mit der sudetendeutschen Totalität ist es also nichts.**

Die Heimatfront muß dies — ob sie will oder nicht — zur Kenntnis nehmen. Für die anderen Parteien aber ist es sonnenklar.

trauen haben, kann es wohl geschehen. Wenn jedoch genügend koalitionsfähige Abgeordnete ins Parlament einziehen, ist die Gefahr wohl gebannt.“

Die „Reichsberger Zeitung“, die die Situation richtig einschätzt und die Gefahren klar vor sich sieht, erhebt hier ihre warnende Stimme. Auch wir können mit derselben Objektivität über die Dinge reden, da wir aus dem Wählerreservoir der Heimatfront nichts zu erwarten haben und für uns nichts ersehen und — soweit unsere Partei bei der neuen Regierungskonstellation in Frage kommt, — außer Sorge sein können. (Wir werden dies an späterer Stelle ausführlicher auseinandersetzen.)

Wenn wir aber trotzdem in dieser Frage das Wort ergreifen, so geschieht es ausschließlich im Interesse der deutschen Gesamtbevölkerung, deren Interesse wir bei der gegebenen Entwicklung aufs ernste gefährdet sehen.

Es ist daher unsere Pflicht, unsere Meinung zu sagen. Wohl sehen wir gewisse Tendenzen, die deutsche Mit-

**Jede Stimme für Henlein — machtpolitisch verloren?**

Und so stehen wir hier vor einer Erscheinung, die wir schon einmal — bei den Kommunisten — erlebt haben, daß ein großer Teil der deutschen Bevölkerung, der deutschen Wählerschaft, eben daran ist, den eigenen Interessen den schwersten Schlag zu versetzen, indem er seine Stimme auf die Waage wirft und die Wahrnehmung der Interessen des deutschen Volkes an der entscheidenden Stelle ganz wert- und wirkungslos macht. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen und es

**der deutschen Bevölkerung sagen, daß jede Stimme, die der Heimatfront zufällt, bei der Regierungsbildung vollkommen in Wegfall kommt, für die deutsche Bevölkerung des Landes verloren ist.**

ebenso wie die kommunistischen Stimmen für den Kampf der Arbeiterklasse unseres Landes. Das hat die „Reichsberger Zeitung“ richtig erkannt, das sprechen auch wir ganz offen aus, die Verantwortung für die weiteren Folgen fällt in aller Schwere auf die deutschbürgerlichen Parteien und die Drahtzieher und Führer der Sudetendeutschen Heimatfront, fällt auf die industriellen Geldgeber, die Diktator und Konsorten, die es sich haben dießmal etwas kosten lassen und — wenn es dann schief gegangen sein wird — greinen werden wie es der Herr Theodor Liebig tat.

Daß wir, indem wir dies in aller Form feststellen, nicht etwa bloß das Parteiinteresse im Auge haben, muß, um das von Herrn Henlein so oft gebrauchte Wort anzuwenden, jedem arbeitsfähigen Menschen klar sein. Unsere Partei verlierte in der zurückliegenden Legislaturperiode über 21 Abgeordnetenmandate. Würde es nur um eine Vertretung in der Regierung zu tun sein, könnte sie ruhig schlafen. Herr Rahr-Harting ist mit dreizehn Mandaten, Herr Spina mit zwölf Mandaten Minister geworden, die tsche-

**Sozialdemokratische Leistung und Heimatfront-Dienst**

Wenn wir also im Zusammenhang mit den Wähler die Frage der künftigen sudetendeutschen Politik aufgeworfen haben, so geschah es nicht unermessen, sondern

**einzig und allein angesichts des fürchterlichen Leidens, von dem die Bevölkerung unseres Gebietes heimgesucht ist**

und das zu lindern, seit Jahren schon unser Bemühen und unsere schwere Sorge bildet. Diese schwere Sorge hatten wir bisher ganz allein zu tragen. Schon in einer anderen Rede habe ich die Frage aufgeworfen, wo denn die Herren von der Heimatfront in den Stunden der bittersten Not, in den Jahren 1929 bis 1934 gewesen und warum sie nicht schon früher in die Bresche getreten sind, warum sie die notleidenden Schichten durch volle vier Jahre ruhig haben dastehen lassen, da es in ihrer Hand lag, ihr Leid zu mildern oder abzukürzen. Fünfeinhalb Jahre haben wir die schwere Last getragen, eine ganze Reihe unserer besten Männer, die sich in diesem Kampfe

arbeit in der Regierung auszukosten und einem nationalen Bürgerkrieg die Wege zu ebnen. Aber das werden, wenn man es in der Heimatfront nicht zu arg treibt und die nationaltschechischen Wogen rechtzeitig bündigt, nur fromme Wünsche der tschechischen „Nationalen Vereinigung“ sein.

**Wie die Dinge heute liegen, wird es bei der Teilnahme der Deutschen an der Regierung bleiben.**

In diesem Falle müssen wir naturgemäß alles daran setzen, daß die Vertretung der Deutschen in der Regierung nicht nur nicht geschwächt, sondern im Gegenteil gestärkt und den deutschen Mitgliedern der Regierung ein möglichst weitgehender Einfluß auf die Entscheidungen der Regierung gesichert wird.

Jedes andere Beginnen ist direkt selbstmörderisch. Jeder deutsche arbeitende Mensch, der anders handelt, sät den Samen, auf dem er stirbt. Die nationaltschechische Arbeiterklasse kann ein so selbstmörderisches Treiben vielleicht verständlich machen, aber niemals entschuldigen.

Oh, wir sehen sie Alle vor uns, die Herren aus der Heimatfront, die da in den zurückliegenden Jahren in hellen Scharen unsere Türen eintrauten, und buchstäblich mit tausenden Korrespondenzen überschütteten, sich in ganz überflüssigen Servilitätsbezeugungen förmlich überstürzten, ihre ganzen Hoffnungen auf unsere Arbeit und Fähigkeit, auf unsere Unermüdbarkeit und Hingabe stellen zu müssen beteuerten und wie sie dann, nachdem sie ihr Ziel erreicht hatten, bei den 73er Märtschen der Henlein-Labelle Habtacht haudern und den deutschen Regierungsparteien nunmehr den Dank in Form eines Henlein-Votums quittieren.

tschechischen Gewerbetreibenden mit dreizehn Mandaten! Die Henlein-Beute, die allseits alle Mandate konsumieren möchten, erklären gnädigt, daß wir die zweitstärkste Partei sein werden. Was könnte uns parteimäßig geschehen, da doch die heutigen sechs Koalitionsparteien in einer vor einigen Tagen abgehaltenen Beratung einmütig beschlossen haben, die harte Arbeit, die sie vor fünfeinhalb Jahren begonnen haben, auch nach den Wahlen gemeinsam fortzusetzen und auch weiter die Verantwortung für die Geschicke des Staates zu übernehmen?

Da können sich die Heimatfrontler und die anderen antimarginalistischen Parteien auf den Kopf stellen, sie werden an dieser Tatsache, so unangenehm sie sein mag, nichts zu ändern vermögen. Die Zeit ist viel zu ernst, die Gefahren, die uns umlauern, zu groß, als daß die deutsche Arbeiterklasse von der Stelle weichen und der deutschen hakenkreuzlerischen Bourgeoisie das Feld überlassen könnte. (An dieser Stelle wurde der Redner von großem Beifall unterbrochen. Die Red.)

Aus uns spricht also absolut nicht die Sorge um unsere Partei, die steiler den Weg gehen wird, der ihr nach der gegebenen Situation am wenigsten vorgezeichnet erscheint und sie in diesem Wahlkampf mit der größten Leidenschaft und Begeisterung um jeden arbeitenden Menschen kämpfen, die mit der größten Begeisterung für ihre Sache stehen, um die Wahlpositionen der deutschen Arbeiter ringen und auf diesem unserem Wege alles auf dem Feld schlagen wird, was sich hindernd in den Weg stellen sollte.

ausgerieben haben, hingeben, unsere besten Vertrauensmänner in der fürchterlichsten Arbeit arbeiten lassen und nun sollen wir alle diese harte Arbeit von einem unverantwortlichen Partei- und Wahlredemagogentum überhand auslöchen lassen? Nicht mit der geringsten positiven Leistung sind wir in den Kampf, wenn man von den sechs Millionen Kč absieht, die alle deutschbürgerlichen Parteien, also nicht bloß die Heimatfront, im Rahmen der Sudetendeutschen Volkshilfe“ aufgebracht und zu denen die deutschen Kapitalisten, die Großbanken und Fabrikanten den größten Teil beigetragen haben.

**Aber wo blieb die „Sudetendeutsche Volkshilfe“ in den Jahren 1929 bis 1934?**

Damals hatte unser Fürsorgebereiter „Arbeiterfürsorge“ die ganze Last zu tragen, da waren die deutschen Kapitalisten, die Banken und Fabrikanten nicht zu haben.

**Das Einzige, was sie zum Notstand beitrugen, war, daß sie ihn vermehrten, indem sie den Arbeitern**

# Oesterreichs „Unabhängigkeit“

### Frei, soweit Mussolini es erlaubt

Paris. (Tsch. P.-B.) Der römische Berichtshatter der Agentur Havas gibt die Ansichten der halbamtlichen italienischen Stellen nach den Verhandlungen Mussolinis mit Starbrenberg wieder. In Rom erwiderte man fest, daß Deutschland an der römischen Konferenz teilnehmen wird, da ihm an der Definierung des Begriffes der Abhängigkeit in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates gelegen sei. Oesterreich müsse im Interesse des Friedens ein unabhängiger Staat bleiben; es dürfe sich das innere Regime wählen, von dem es glaube, daß es ihm entspreche, dürfe aber nicht an die Rückkehr der Habsburger auf den Thron denken.

Sichtlich der Frage der Aufrüstung Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens sei man in Rom der Ansicht, daß nach der durch den deutschen Schritt geschaffenen Lage diese Frage öffentlich gestellt werden müsse, daß aber von diesen drei Staaten werde verlangt werden, daß sie dem Sicherheitsystem für Mitteleuropa beitreten. Auf die bereits jetzt aus Ungarn kommenden Einwendungen werde in Rom bemerkt, daß Ungarn ein Interesse an dem Abschluß wirtschaftlicher Abkommen mit seinen Nachbarn habe.

Der Berliner Berichtshatter der Londoner „Daily Mail“ meldet, daß die deutsche Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach eine Beteiligung an der römischen Konferenz ablehnen werde.

## Diebstug wird weitergehandelt

Wien. (Tsch. P.-B.) Das riesige Gebäude der ehemaligen Wiener Arbeiterbank wurde, wie die Montagblätter erfahren, im Zuge der Privatisierung der Arbeiterbank an eine große Krankenversicherungsanstalt, deren Angebot vorlag, um den Preis von 700.000 Schilling verkauft.

## Die Löhne kürzen, indem sie die Betriebschlossen und die Arbeiter auf die Straße setzen.

In dieser Zeit ist die deutsche Sozialdemokratische Partei — innerhalb der Regierung und außerhalb von ihr — der einzige Helfer der Mühseligen und Beladenen gewesen. In diesen Jahren ist, da ihr Vertreter das Fürsorgeministerium vertrat, alles, was auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, der Arbeitslosenfürsorge, der Kinder- und Jugendfürsorge, der Krüppel- und Altersrenten fürsorge geschah, der Initiative und aufreibenden Arbeit der sozialistischen Parteien zu danken. Die Herren paradierten mit ihren sechs Millionen Kk, die, nebenbei gesagt, im Leipziger Semester in 600 Millionen Kk verwandelt und ausbezahlt wurden. Über diesen Betrag haben in den zurückliegenden Jahren die sozialdemokratischen „Arbeiterfürsorge“, die Kinderfreunde, die sozialistischen Kulturorganisationen ohne Unterstützung von Fabrikanten und Kapitalisten, diesen Betrag haben die sozialistischen Arbeiter allein aufgebracht. Sechs Millionen betrug im Jahresdurchschnitt das hohe Weihnachtsgeld der Regierung an die Arbeitslosen, wie erst die Milliardenleistungen aus dem Titel des Genies Systems, aus der Ernährungsaktion, aus den parallel laufenden Naturalgaben, aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge, aus der Dotierung der Landeskommissionen für Kinderkuren und Jugendfürsorge, aus den bei Erntefestaktionen und Arbeitslagern! Wir sind uns dessen bewußt, daß alles das unzureichend ist, und daß auch eine Verschärfung der Leistungen nicht genügt hätte. Wer man gestatte uns doch, der kapitalistischen Bourgeoisie und insbesondere der Feudalfront, die mit ihren Hilfsparaten so ein Aufhebens macht, zu sagen, wie wir, und mit und die arbeitenden Schichten, ihre erste und einzige Hilfsaktion einbringen. Sie versprechen machen soll, daß die deutsche Kavallerie die Bourgeoisie durch volle fünf Arbeitsjahre für sie nichts als ein Achselzucken übrig lasse. Dabei stellen wir uns selbstverständlich wieder gegen diese, noch gegen eine andere Hilfsaktion, sofern sie auf Freiwilligkeit und nicht auf wirtschaftlichem Druck aufbaut ist und zur Bänderung des Notstandes und nicht als Wahlzettel dient.

In einer der Nummern der „Mundschau“ ist an leitender Stelle von dieser Hilfsaktion die Rede, die in überschwänglichen Worten als ein Solidaritätsakt unseres ganzen Volkes gefeiert wird. Damals konnte man das ganze Ergebnis noch nicht und konnte es sich leisten, es als Sozialismus der Tat auszurufen. Wollten wir boshaft sein, dann beachtet wir nur — nach den und gegenüber angewendeten nationalitätlichen Rechenmethoden — die nationale Spende von sechs Millionen Kk durch die mit drei Millionen abgerundete Bevölkerungszahl zu dividieren, um zu einer Einzelunterstützung von 300 Kk zu gelangen. Solche Rechenregeln hat man uns bei der Ernährungsaktion in den nationalitätlichen Blättern vorgeführt. So rächt sich manchmal die Demagogie an den Demagogen in bitterster Weise.

## Christlichsozialen

Ich weiß nicht, ob sich diese Partei dessen im vollen Maße bewußt ist, wobei sie in ihrem national-

istischen Weltlauf mit der Heimatfront geraten ist. Sie witterte nationalitätliche Vorkriegsluft und begann, um der Heimatfront den Wind aus den Segeln nehmen zu können, in die nationalitätliche Reihe einzuhaken. Das Wort vom „Katastrophen“, das Hilgenreiner der Saarländischen Front entlehnte, hat im ganzen Lande ungeheuerlichen Staub aufgewirbelt und im Endeffekt großen Schaden angerichtet. Es hat Zeiten gegeben, in denen die deutschen Christlichsozialen ein national ausgleichendes Element der deutsch-bürgerlichen Politik zu sein bemüht waren. Diese Zeiten sind vorüber, ebenso wie die Zeiten, in denen sie die Arbeit der deutschen Koalitionsparteien und der deutschen Minister ruhig und objektiv beurteilten. Nicht zum Zweck der Abspaltung, sondern zum Zweck der vorangeführten Behauptungen sei eine Beilage der „Deutschen Presse“ vom 6. Mai 1931 zitiert:

„Man wird zugeben müssen, daß Minister Dr. Gsch in den engen Grenzen, die einem Ressortminister gestellt sind, alles tut, was irgendein deutscher Minister tun könnte.“

Diese Beilage hat der deutschen Christlichsozialen Partei nicht geschadet und ihr nicht von ihrer Weckkraft in den Kreisen ihrer Anhängererschaft genommen. Seitdem hat sich an der Arbeit der deutschen Koalitionsparteien und der deutschen Minister nichts geändert. Im Gegenteil! Sie war infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse viel verantwortungsvoller und schwieriger geworden, sie erforderte deshalb die Anspannung der letzten Kräfte und ungewöhnliche Leistungen.

Trotzdem wurde von christlichsozialer Seite jetzt plötzlich auf sie in einer Weise losgedonnert, die jeder Kritik spottet.

Der Anker im Streite war bisher immer der gewesene Justizminister Rahr-Harting. Seine Partei selbst ist seinerzeit unter seiner Führung bedingungslos in die Regierung eingetreten. Den fehlenden deutschen Koalitionsparteien aber hält er dies bei jeder Gelegenheit vor. Als man ihn einmal — unmittelbar nach dem Regierungseintritt — deshalb zur Rede stellte, machte er den in die sudetendeutschen Geschichte übergegangenen klassischen Ausspruch:

„Mir genügt die Tatsache, daß dieser Staat von einer Mehrheit regiert wird, an der Deutsche, Tschechen und Slowaken beteiligt sind.“

Heute aber hat die Partei, die während der Herrschaft Rahr-Hartings den Standpunkt verteilte, daß man nicht nur Steuern zahlen, sondern mitregieren müsse, daß Mitregierung wichtiger sei als Protestieren und daß man mit der Opposition nicht rechnen könne, heute hat sie die Parole ausgegeben: „Wir mehr bedingungslos in die Regierung einzutreten.“

Das Mühsige bei der ganzen Sache ist, daß Herr Rahr-Harting jetzt, nach zehn Jahren, aus dem sozialistischen Wort von den „Gleichen unter den Gleichen“ sein Programm macht, daß zu verwirklichen er verhindert wurde,

- a) durch die kurze Spanne Zeit, insbesondere von vier Jahren — fünfundsiebzig Jahre der jetzigen Koalition sind natürlich um ein gewaltiges mehr!
- b) durch die rückwärtslosen Anfeindungen aus dem eigenen nationalen Lager — man beachte zum Beispiel die Toleranz des milden Rahr-Harting und gegenüber —, und
- c) durch die damaligen schwachen politischen Verhältnisse, denen gegenüber die heutigen natürlich die reinste Idylle sind. . . . Wer dies schwarz auf weiß bestätigt haben will, braucht nur die Parteienbader Rede des, in nationaler Tragen verbliebenen, Ministers nachzulesen. Es steht wirklich dafür! Selbstverständlich wehrt Herr Rahr-Harting in jeder Versammlung über die Preisgabe der nationalen Positionen, über die „rücksichtslose Schwäche der deutschen Parteien, die allerdings nicht so glücklich sind, sich des verhängnisvollen Gemeindefinanzgesetzes, des Selbstverwaltungsreform, die der Bezirksautonomie den Todesstoß versetzte, der Steuerreform, die den Banken, Kapitalisten und Großunternehmen Milliarden in den Schoß warf, der Erhöhung der Zuckers- und Spiritussteuer sowie der Einführung einer ganzen Reihe von unsozialen Abgaben rühmen zu können. Doch das Schönste an den Schlagern des Herrn Erminiers ist seine Behauptung vom bescheidenen Maulwurfsbügel, mit dem die Leistungen der Sozialdemokratie in den zurückliegenden fünfundsiebzig Koalitionswahljahren gekennzeichnet werden sollen. Ich wollte, er würde der gewesene Justizminister von seiner Wirklichkeit in seinem Ressort wenigstens das gleiche behaupten.

Denn als er aus dem Ressort ging, verputzte mit ihm jede Spur seiner ministeriellen Arbeit, von der schon erzählt wird, daß sie auch vorher nicht zu sehen war.

Und was die Maulwürfe anbelangt, weiß man, daß sie in selbstgegrabenem Höhlen leben und als Labendevotiler sehr ähnliche Tiere sind. Hoffentlich läßt sich daselbst auch von Herrn Minister Rahr-Harting sagen. Aber Spatz beifiele! Ich könnte ihm natürlich sehr leicht mit einer kleinen Serie Konkreter und auch für ihn greifbarer sozialdemokratischer Leistungen antworten, aber es ist besser, wenn ich ihm empfehle, sich durch seine Generechthaben und Genossenschaft-

ten, durch seine Jugendorganisationen und Wohlfahrtsvereine, durch seine Gemeindefürsorge und Bezirksvereine nachprüfen zu lassen und dann über den sozialdemokratischen „Passivismus“ und über die Anhängigkeit seiner Kampfesweise ein wenig nachzudenken. Wenn beiderseits Bilanz gezogen wird, wird sicherlich die Partei des Herrn Rahr-Harting recht häufig abschneiden.

## Kommunisten

ist nicht viel zu sagen. Sie waren immer und bleiben das Nagel der kämpfenden Arbeiterklasse und nie habe ich dies so stark empfunden, als gerade im gegenwärtigen Augenblick, welcher die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte zum Kampf gegen den lauernden Feind erheißt. Nie wäre das sozialistische Proletariat in eine so schwierige Lage geraten, nie wäre der Einbruch des Faschismus möglich gewesen, hätte die kommunistische Partei nicht die sozialistische Vorkämpferrolle so verbrochener Weise geübt.

Heute steht diese Partei ratlos da. Selbst der ewige Schlagel von der Vorbereitung des

## Auf in den Kampf!

Genossen! Der kommende Wahlkampf wird unsere erste Schlacht in dem für die internationale Entwicklung so ausschlaggebenden Jahre sein. Sein guter Ausgang wird uns ein neuer Stützpunkt, eine neue Kampfbasis werden, von der aus wir den Kampf um den Frieden, um die Freiheit und Demokratie, um die Völkerberuhigung und freundschaftliche Zusammenarbeit der Völker, um die sozialistische Neuordnung der Wirtschaft, um den Sieg des völkerbefreienden Sozialismus führen werden.

## Wir gehen guten Mutes in den Wahlkampf!

Die letzten Ereignisse haben auf der ganzen Welt — besonders aber im deutschen Lager — klare Kampferhältnisse und scharfe Kampffronten geschaffen. Sie immer stehen auch diesmal alle anderen gegen uns, doch auch wir stehen gegen sie alle. Nicht zählen wir den Feind, nicht die Gefahren all! Wir wissen, daß der Kampf erbittert sein wird, aber das schreckt uns nicht. Das sozialistische Proletariat unseres Landes leitet den Kampf, der es ihm ermöglicht,

dem lange angesammelten Groll gegen die Feinde des Sozialismus Luft zu machen und ihn in führende Tat umzusetzen.

Unsere Arbeiter haben immer den Ehrgelb gehabt, in allen Kämpfen das Schilde der Partei im Sturme voranzutragen und im Vorkurt immer unter den ersten zu sein.

Das internationale sozialistische Proletariat, das in dem letzten Jahre die schwersten Stunden zu bestehen hatte, blickt klopfenden Herzens dem Wahlgang in diesem kleinen, aber für die weitere Entwicklung der Demokratie und des Sozialismus so wichtigen Lande entgegen. Wir

## Schlußwort und Appell des Genossen Dr. Heller

Wir sind am Ende unserer Beratungen angelangt. Ich stelle fest: Diese Parteikonferenz ist kein Erfahrungsbericht. Der Parteitag ist notwendig, er muß sobald als möglich stattfinden.

Auf dieser Konferenz sagt die Partei — an der Schwelle des Wahlkampfes — den deutschen Arbeitern und Angehörigen und darüber hinaus dem gesamten arbeitenden deutschen Volk, was sie in diesen fünfundsiebzig Jahren geleistet hat, was sie in der Zukunft will, wofür sie die Zustimmung des Volkes fordert. Noch kaum jemals hat sich eine Partei mit so ruhigem Gewissen dem Spruche des Volkes unterworfen, wie unsere. Mit ruhigem Stolze treten wir vor das Volk. Wir haben nichts zu entschuldigen, nichts zu rechtfertigen. Wir haben getan, was getan werden konnte. Wir haben den größten Anteil daran, daß unserm Lande der Faschismus erspart geblieben ist, daß das höchste Gut jedes Menschen, seine Freiheit, nicht die Beute von wahnwütigen Verbrechern geworden ist.

Wir haben den größten Anteil daran, daß in diesen furchtbaren Krisenjahren für das arbeitende Volk getan wurde, was möglich war. Wir haben den größten Anteil daran, daß die Tschechoslowakische Republik nicht nur im faschistischen Meer die Insel der Demokratie geblieben ist, sondern daß sie auch im Meer des sozialen Rückschritts die Insel sozialen Fortschritts geworden ist, die auf manchen Gebieten — ich nenne nur die Arbeiterinspektoren im Bergbau und den Richterschuß — der ganzen Welt vorangeht.

Kampfes gegen die Sowjetunion ist ihr entgittert, da die Sowjetunion den einzig möglichen Weg, den der Bündnispolitik mit den demokratischen Ländern und auch mit der Tschechoslowakei gegangen ist. Es reduziert sich das Alpha und Omega des Kampfes unserer Kommunisten auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie, auf den sie mit gerichtet ist und mit dem es sich zur Not noch begnügen läßt. Am Karlsruher Parteitag hat Kreibitz unserer Partei zugestimmt, daß sie die ewig Wehrlose sei. Die Kommunisten, die am Ende ihres Kampfes angelangt sind, sind mit ihrem Einheitsfrontgefäß, mit ihrem finsternen Kampf gegen die Sozialdemokraten die Vorbereitungen!

So traurig diese Tatsache ist, wir müssen heute mit ihr rechnen.

## Tschechische und deutsche Sozialdemokraten Hand in Hand

Es erübrigt uns nichts, als die kommenden schweren Kämpfe, die unser — im internationalen und innerpolitischen Maßstabe — harren, gemeinsam mit unserer tschechischen Bruderpartei zu führen und alle im Lande lebenden demokratischen Kräfte zu diesem Kampfe aufzurufen.

werden ihm gerade in diesem Wahlkampf die beruhigende Gewißheit geben, daß das jüdetendeutsche sozialistische Proletariat — im internationalen Maßstabe — wohl ein kleines, aber sehr tapferes Häuflein ist, das sich behertzt und hingebungsvoll zu schlagen verheißt und auf dessen Vatalone es sich in der Schicksalsstunde wird verlassen können. Unter den drei fliegenden Freiheitspfeilen, die das sozialistische Kampfzeichen sind, ziehen wir in den Kampf. Wenn jemals, gilt in diesem Falle der herrliche Kampfruf Viktor Adlers, dieses unsterblichen Genius unserer Bewegung:

## Die Herzen hoch, die Fahne hoch!

Nach dem Referat des Parteivorstandes wurde gleichfalls unter stürmischem Beifall der Wahlausruf der Partei verlesen und genehmigt. Sodann berichtete der Parteisekretär Genosse Taub über die Kandidatenlisten in das Abgeordnetenhause, in den Senat und in die Landesvertretungen, die von der Konferenz einstimmig genehmigt wurden. Die in prachtvoller Stimmung verlaufene Tagung wurde sodann vom Vorsitzenden Genossen Dr. Heller mit einer Rede geschlossen, der wir folgendes entnehmen:

## Der Wahlkampf ist eröffnet.

Wir werden diesen Wahlkampf, insbesondere gegen die Heimatfront, sehr hart führen, wir werden ihn so führen, wie es das Interesse der deutschen Arbeiter, das Interesse des deutschen Volkes, erfordert: Bis zur Vernichtung dieser neu erkundenen, aber doch so alten Sorte des nationalen Chauvinismus, der sozialen Reaktion!

Das Schicksal des deutschen Volkes in diesem Staate ist eng verbunden mit dem Schicksal unserer Partei, der anzugehören unser ganzer Stolz ist, der unsere ganze Liebe gehört. Ob das deutsche Volk in den kommenden Jahren Subjekt oder Objekt der tschechischen Staatspolitik sein wird, ist einzig und allein Sache unserer Partei. Wir aber wollen und werden Subjekt der Staatspolitik, wir wollen und werden Stamme und nicht Amboß sein.

Und nun, Genossen und Genossinnen, bin in das deutsche Gebiet, vor die deutschen Menschen. Wir wollen Ihnen ein zweites Danzig bereiten! Wir wollen und würdig erweisen unserer Genossen in Schweden, Norwegen, Dänemark, England, Belgien und in der Schweiz! Doch erhabenen Hauptes können und werden wir vor unser Volk hinkreten und ihm sagen:

## Mit uns der arbeitende Mensch, mit uns die heiße Liebe zur Freiheit und vor uns — der Sozialismus!

# Der Maiaufbruch der Internationale An die Arbeiter aller Länder!

In einer Welt voll Elend und Sklaverei, erfüllt von Kriegsgefahr und Kriegsvorbereitung, rufen die Arbeiter und Sozialisten zum 1. Mai.

Kaif sechs Jahre dauert die Krise der kapitalistischen Wirtschaft. Raslos stehen die herrschenden Klassen der Welt gegenüber, die die Frucht der kapitalistischen Profitwirtschaft ist. Hemmungslose Sentung der Löhne der breiten Massen — das ist das einzige Mittel, mit dem sie die Krise überwinden wollen. Hochschuldsche und vom Nationalismus aufgepeitschtes Streben nach der Abwärtswendung der einzelnen Länder, der Autarkie, haben mit dem Weltmarkt die internationale Arbeitsteilung zerstört, ohne die der wirtschaftliche und kulturelle Fortschritt der Menschheit unentbehrlich ist.

Die großkapitalistische Wirtschaftspolitik droht eine neue Epoche wirtschaftlicher Barbarei herbeizuführen und das Chaos der Krise zu verewigen.

Zu dem wirtschaftlichen Elend fügt die kapitalistische Entwicklung die Sklaverei. Auf die Verheerungen der Krise folgt die faschistische Offensive. Wo der Kapitalismus die Wirtschaft zum Leidenfeld gemacht hat, dort sucht der Faschismus seine Heute. Zum Raub der Existenz fügt er den Raub der Freiheit. Er nimmt der arbeitenden Bevölkerung mit ihren Rechten die letzte Möglichkeit, sich gegen den kapitalistischen Druck zur Wehr zu setzen. Er will die Spaltung der Gesellschaft in Herren und Knechte, in Reiche und Arme verewigen.

Aus Krisennot und Faschismus vereinigt, geht schließliche die schlimmste aller Gefahren hervor, die die Menschheit bedrohen, die Kriegsgefahr.

Der Wirtschaftsnationalismus hat mitgeholfen, den Boden vorzubereiten, auf dem der hemmungslose politische Nationalismus wachsen konnte. Mit dem Herrschaftsansatz des Faschismus haben sich die nationalpolitischen und militaristischen Kräfte der Staatsgewalt bemächtigt. Von Hitler, Deutschland geht die Kriegsgefahr in Europa, vom militäri-

sierten Japan der Kriegsbrand in Asien aus. Das faschistische Italien macht sich die Bindung der europäischen Demokratien durch die Gefahren des deutschen Faschismus zu Nutze, um in Ostafrika auf Raub auszugehen. Die Kriegsvorbereitungen der faschistischen Länder haben das Stichwort zu einem neuen Rüstungswettlauf in der Welt gegeben.

Der 1. Mai soll die Arbeiter und Sozialisten mobilisieren zum Kampf

gegen die Krisennot der kapitalistischen Wirtschaft.

gegen die faschistische Sklaverei, gegen die Kriegsgefahr und das Verrücken, für eine Wirtschaftspolitik planmäßiger Krisenbekämpfung.

für die Verteidigung der Freiheit und der Demokratie.

für einen schlagkräftigen Völkerverbund, der jedem Angreifer eine übermächtige Kraft freundschaftlicher Staaten entgegenstellt!

Aber wir wissen, daß die Erfüllung dieser Forderungen noch nicht genug ist.

Die Krise wird erst dann überwunden, der Gefahr künftiger Krisen erst dann vorgebeugt sein, wenn die werktätigen Massen die politische Macht erobern und die sozialistische Wirtschaftsordnung aufgerichtet haben!

Die Freiheit in der Welt wird erst dann gesichert sein, wenn nicht nur in den Ländern der Demokratie die faschistische Gefahr beseitigt, sondern auch in den Ländern des Faschismus die heldenhaften Kämpfer für Freiheit und Sozialismus die faschistische Staatsgewalt gestürzt und dem Sozialismus die Macht erobert haben!

Der Friede wird erst dann gesichert sein, wenn jeder Mißbrauch des Völkerverbundes durch Nationalismus und Imperialismus unmöglich gemacht und seine Führung in die Hände sozialistischer Staatsgewalten gelegt wird!

Darum soll dieser 1. Mai ein Signal sein zur Sammlung für eine neue Offensive!

Es lebe der internationale, befreiende, friedenssichernde Sozialismus!

Brüssel, April 1935.

## Die Geschäftskommission der sozialistischen Arbeiter-Internationale

### „Parodie der Gerechtigkeit“ Das Schutzbund-Urteil

Paris. (Tsch. P. V.) Die Zentrale der Liga für Menschenrechte veröffentlichte eine Protestnote gegen das Urteil des Wiener Gerichtshofes im Prozeß gegen die Führer des Republikanischen Schutzbundes. Die Note bezeichnet dieses Urteil als „Parodie der Gerechtigkeit“ und als direkte Nachahmung der hitlerischen Repressalien und sagt, daß durch derartige Methoden die österreichische Regierung nicht das Vertrauen der zivilisierten Welt gewinnt.

### Sozialdemokraten in Jugoslawien nicht zugelassen

Belgrad. Der Kassationshof verwarf die beiden Wahllisten der oppositionellen Führer Jodjica (jugoslawische Volkspartei) und Topalović (sozialdemokratische Parteigruppe) aus formalen Gründen. Demnach werden an den Wahlen im ganzen vier Wahlgruppen teilnehmen, und zwar die Gruppe der Regierung (Spitzenkandidat Ministerpräsident Jevtić), die vereinigte oppositionelle Gruppe (Dr. Račić Davidović, Dr. Spaho und Jozja Jovanović) und die oppositionellen Gruppen der früheren Minister Kuzimović und Ljotić.

### Warum Ludendorff den „Generalfeldmarschall“ ablehnte Deutliche Spitze gegen Hindenburg

Berlin. (Tsch. P. V.) In der Halbmonatsschrift Ludendorffs „Am heiligen Quell deutscher Kraft“ wird die Glückwunschansprache des Reichswahlministers von Hindenburg an Ludendorff zu seinem 70. Geburtstag veröffentlicht und ebenso die bisher nicht veröffentlichte Antwort Ludendorffs, der u. a. ausführte: „Ich weiß, Sie wollten auch, daß ich den Generalfeldmarschallstitel führe. Sie wollten mich dadurch ehren. Mit meinem Dank habe ich indessen abgelehnt. Zum Generalfeldmarschall kann man ernannt werden, Feldherr ist man durch sich selbst.“ Weiter sagte dann Ludendorff: „Ich wünsche der deutschen Wehrmacht, daß sie an Pflichttreue, Kriegstüchtigkeit und heldischer Eingabe gleich dem alten Heere ist, daß aber das Volk ihr seine ganze physische, wirtschaftliche und seelische Kraft schenke, wenn es in einem Verteidigungskriege — ein anderer Krieg kommt für das deutsche Volk nicht in Betracht. — in schwerer Mitleidenschaft gezogen werden wird. Der seelischen Gefühlsfreiheit wechselfähiger Lebenshaltung auf der einzig möglichen Grundlage praktischer Erkenntnis, nicht nur biologischer sondern auch seelischer, nach denen jedes Volk sein art-eigenes Götterleben hat, gilt heute mein Ringen für Volk und Wehrmacht.“

### Sohn des Abg. Zárecký in Deutschland verhaftet

Prag. Im Adergebirge kam es am Oster Sonntag an der tschechoslowakisch-deutschen Grenze zu einem Vorfall, der großes Aufsehen hervorruft. Der Zugführer Jaroslav Zárecký von dem in Březová garnisonierenden Artillerieregiment 303, ein Sohn des agrarischen Abgeordneten Zárecký, unternahm am Oster Sonntag auf einem Motorrad mit einem Mädchen einen Ausflug, der ihn am Oberlauf der Wilden Adler bis zur Ortshaus Paddorf im Bezirk Senftenberg und in die Grenzortschaft Cibah führte. Hier fuhr er irrtümlicherweise zirka 9 Schritte über die Staatsgrenze hinaus, ließ dort das Motorrad stehen und ging mit dem Mädchen weitere 30 Schritte auf reichsdeutschem Gebiet weiter, wo sich dann beide niederlegten und sonnigten. Zárecký, der in Uniform war, weckte die Aufmerksamkeit der Zivilisten, die um diese Stunde — 17 Uhr — sich in der Umgebung anhielten. Die Passanten machten einen uniformierten SS-Mann namens Wittler auf die beiden, die sich über die Grenze verhielten, aufmerksam. Wittler brachte daraufhin Zárecký und das Mädchen zum preussischen Postamt Mariental, wohin Zivilisten auch das Motorrad nachführten, wo es stehen gelassen wurde. Zárecký wurde mit dem Mädchen auf sein Ersuchen und auf eigene Kosten noch Sonntag abend in einem Auto zum preussischen Amtsgericht in Mittelwalde gebracht. Mit Rücksicht auf die Feiertage ist der Fall bisher nicht ausgetragen und die beiden befinden sich zur Stunde noch auf reichsdeutschem Gebiet beim Amtsgericht Mittelwalde. Nach der amtlichen Meldung haben preussische Amtspersonen bei dem ganzen Vorfall nicht tschechoslowakisches Gebiet betreten.

## In Kürze

Saloniki. (Tsch. P. V.) Das Kriegsgericht verhandelte über weitere nach Bulgarien geflohene Aufständische und verurteilte zehn Angeklagte in contumaciam zum Tode, sechs zu lebenslänglichem Kerker, sechs zu je 20 Jahren, drei zu je 15 Jahren schweren Kerker und 33 zu schweren Kerkerstrafen von einem bis zu zwölf Jahren. 56 Angeklagte wurden freigesprochen. — Ferner hat der Kriegsrat die in die Türkei entflohenen Aufständischen der Militärabteilungen von Terres abgeurteilt. Es wurden 8 Offiziere zum Tode und 5 weitere Angeklagte zu Kerkerstrafe von 2 ein halb bis 11 Jahren verurteilt.

Warschau. Dienstag wurde in feierlicher Weise die neue Verfassung Polens proklamiert, die dem Staatspräsidenten die wichtigsten Rechte überantwortet. Der Sejm wird nach der neuen Verfassung aus indirekten Wahlen hervorgehen und ständig gegliedert sein.

# Tagesneuigkeiten Schrecken und Mord durch Geistesranke Entsprungene Mörder

Kroměříž. Montag um 5 Uhr früh entfuhr aus einem Pavillon der Landesheilanstalt für Geistesranke in Kroměříž der 55jährige Adolfin Johann Sukov aus Talska bei Kvišov in der mährischen Slowakei. Sukov hatte vor drei Jahren auf der Wiener Klinik einen Professor, der ihn operiert hatte, erschossen, den er beschuldigte, daß er ihm bei der Operation die Nase verunstaltet habe. Er wurde damals als geisteskrank erklärt und in die Kroměřížer Anstalt eingeliefert. Der flüchtige Geistesranke ist sehr gefährlich.

Sukov ist 170 Zentimeter groß, gut genährt und hat infolge der Operation eine eingedrückte Nase. Er trug bei der Flucht Zivilkleider. Seine Haare sind ergraut. Die Gendarmerei fandet nach ihm anstrengend in der ganzen Gegend, doch blieben die Nachforschungen bisher ergebnislos.

### Geistesranke „auf Urlaub“ begeht mörderische Untaten

Harburg-Wilhelmsburg. Der 54 Jahre alte Jakob Banlau, der als Geistesranke vor etwa acht Jahren aus einer Heil- und Pflegeanstalt auf Osterurlaub zurückgekehrt war, geriet mit seiner Ehefrau in einen Streit. Als auf die Hilferufe der Frau die Tochter und deren Mann herbeieilten, griff Banlau zu einem Dolch und verletzte den Schwiegervater tödlich. Frau Banlau und ihre Tochter wurden lebensgefährlich verletzt. Der Täter brachte sich selbst mehrere Stiche in den Bauch bei und stürzte sich dann aus dem Fenster auf dem Hof, wo er tot liegen blieb. Der Zustand der Frauen ist hoffnungslos.

### Und ein schreckliches Unglück in Hermsdorf

Hermsdorf. In Hermsdorf fuhr ein Kraftwagen auf einen Bürgerstein. Eine Frau und sechs Kinder wurden zum Teile schwer verletzt. Die Frau und ein Kind sind ihren Verletzungen erlegen.

Die ganzstaatliche Winterhilfsaktion „Das flache Land zum Schutze des tschechoslowakischen Kindes“ hat für heuer ihre Tätigkeit abgeschlossen. Das Zentralkomitee hat mit den Grenzorganisa-

tionen, mit den Schulverwaltungen, der Bezirksjugendfürsorge, dem Roten Kreuz und anderen Organisationen zusammengearbeitet und 1331 Baggons, d. i. fünf Güterzüge Lebensmittel und verschiedene Waren verteilt, und zwar: Mehl 295.647 Kilo, Kartoffeln 878.000 Kilo, Zucker 55.271 Kilo, Hülsenfrüchte 18.382 Kilo, Feife 3538 Kilo, Konserven 6.000 Stück, Kakao 330 Kilo. Suppenportionen mit Brot oder Semmeln wurden 792.428 verteilt. In Obforgen standen 158.010 Kinder. Der finanzielle Wert der gesamten Aktion beträgt 4.812.634 Kč. Dem Sekretariat des Zentralkomitees sind hunderte Dank schreiben verschiedener sozialer Korporationen zugegangen.

Flieger-Unglück. Aus Nairobi wird gemeldet, daß der französische Flieger Maurice Rina, der verschiedene Geschwindigkeitsrekorde aufgestellt hatte, bei dem Abflug seines Flugzeuges in den Tanganyikasee den Tod gefunden hat. Der französische Militärflieger Graf Kores wurde schwer verwundet.

Schwere Brandlegung in Kaschau. Dienstag früh brach in Kaschau in einem Hause, in welchem auch das Lager des Okslowalischen Theaters untergebracht ist, ein Feuer aus. Das Lager ist trotz den starken Anstrengungen der Feuerwehr und des Militärs völlig verbrannt. Der Schaden ist groß. Es wurde festgestellt, daß der Brand eine Lege war, der Täter ist aber noch nicht ausgeforscht.

Vom Kaschau-Bahnhof in Prag wurden in den Tagen vom 17. bis 23. April 45 Sonderzüge abgefertigt. Die Zahl der ansonnenden Reisenden betrug 122.425, die der abfahrenden Reisenden 131.549. Die Gesamtfrequenz der Zivilpersonen war im jetzigen Jahre etwas höher.

### Ziehung der Klassenlotterie (Ohne Gewähr.)

Prag. Bei der Dienstag-Ziehung der 3. Klasse der 32. tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden folgende Treffer gezogen:

- 50.000 Kč das Los 71726.
- 20.000 Kč die Lose Nr. 100307, 45359.
- 10.000 Kč die Lose Nr. 105350, 3496, 17197.
- 5.000 Kč die Lose Nr. 90917, 69032, 11468, 67253, 97662, 55841, 59238, 54763, 49016, 26728, 88463, 44729, 71556, 35747, 89569, 64898, 43508, 33004, 96746, 74211, 7696, 80953, 59988, 2050.
- 2000 Kč die Lose Nr. 40000, 78578, 48685, 46707, 42235, 32349, 60480, 107692, 87697, 72907, 18785, 67103, 20893, 64879, 4032, 7242, 30931, 61707, 65658, 13603, 96890, 84774, 89059, 79068, 106632, 94051, 88668, 55699, 93729, 31, 58074, 39408, 84195, 40241, 29042, 22588, 14760, 78874, 14986, 72099, 64919, 57356, 84894, 88420, 108795, 49405, 74815, 36176, 37027, 33171, 28952, 62422, 61257, 90277, 39450, 29054, 108325, 39444, 79540, 26297, 43239, 80555, 100566.

### Erdbeben auf Formosa

# 3000 Tote — 11.000 Verwundete 250.000 Obdachlose

Tokio. Am Oster Sonntag wurde die Insel Formosa von einem furchtbaren Erdbeben heimgesucht, das ungeheure Menschenopfer forderte und unübersehbaren Schaden anrichtete. Nach den letzten amtlichen Angaben beträgt die Zahl der Toten 3065, 7889 Menschen wurden schwer und 1490 leicht verletzt. Ueber 31.000 Häuser wurden völlig oder teilweise zerstört. Seit den beiden starken Erdbeben am Sonntag morgen wurden bis jetzt noch 40 kleinere Erdbeben verspürt. Mehrere Städte der Insel Formosa — darunter Taihu, Cheindih, Cholojeng und Tainame sowie eine unbestimmte Anzahl von Dörfern sind fast vollständig zerstört. Die japanische Regierung hat eine große Anzahl von Verzten und Sanitätsmaterial in das Erdbebengebiet entsendet. — Dem Erdbeben ging ein Ausbruch des Vulkans Yamama voran, der Samstag nachmittags plötzlich in Tätigkeit trat und die Wälder, welche seine Hänge bedeckten, in Flammen setzte.

London. (Neuter.) Wie aus Taihof auf Formosa gemeldet wird, haben Flieger festgestellt, daß durch das Erdbeben eine Fläche von etwa 2000 Quadratkilometern verwüstet wurde. Die Städte Taihof und Tainan, in denen auch einige Europäer und Amerikaner wohnen, wurden von dem Erdbeben nicht betroffen. Auch Bezirke, in denen Naphtha gewonnen wird und die Ruderrefinerien besitzen, blieben, wie der Tokioter Berichterstatter der „Times“ meldet, verschont. In einem Dorfe unweit von Tojohara forderte das Anstöße so viele Tote, daß nur wenige Menschen verblieben, um die Opfer aus den Trümmern zu befreien.

Montag morgens gegen 3 Uhr Ortszeit wurde in Taihu die Bevölkerung von einem neuen starken Erdstöß überfallen. Einige vom Verlehr abgeschnittene Dörfer leiden an Lebensmitteln. Es ist zu bemerken, daß das Erdbeben besonders deshalb so stark war, weil sein Epizentrum verhältnismäßig nahe der Erdoberfläche lag. Eine neue Gefahr für die betroffenen Gebiete sind die angeschwollenen Flüsse. Wie der „Daily Telegraph“ meldet, ist die Organisation der Hilfsaktionen durch bedeutende Schwierigkeiten behindert.

Was die an den Wohngebäuden verursachten Schäden anbelangt, wurden nach den

letzten Angaben 12.262 teilweise verwüstet und 5209 beschädigt. Ungefähr 250.000 Menschen sind obdachlos. Diese hohen Ziffern sowie der Umstand, daß so viele Menschen getötet oder verwundet wurden, lassen sich damit erklären, daß die Gärten der Bevölkerung aus Weizen-erbaut sind. Demgegenüber haben die leichteren japanischen Häuser dem Erdboden standgehalten. Die Hilfsmittelbestände sind sehr gering. Die Hilfsaktionen unternehmen aber alles, was in ihren Kräften steht, wobei ihnen ausgiebig der Kampfer hilft, von dem auf Formosa Ueberflut herrscht, weil er eines der hauptsächlichsten Produkte dieser Insel ist.

Tokio. Der durch das Erdbeben verursachte Gesamtschaden wird auf 10 Millionen Yen geschätzt. Viele Einwohner der Insel Formosa wurden beim ersten Erdstöß im Schlaf überfallen und getötet. Im Laufe des Montag konnte der Bahnverkehr zum Teile wieder aufgenommen werden. Die japanische Regierung hat einen Bescheid mit einem Hilfslager an Bord nach Formosa entsendet. Von Seiten der Regierung und von privaten Hilfsorganisationen sind Hilfsaktionen eingeleitet worden. Militärabteilungen mit Proviant und Bettzeug sind unterwegs.

London. Die britische Regierung hat den Japanern die Entsendung britischer Kriegsschiffe von Hongkong nach Formosa angeboten, um der von dem Erdboden heimgesuchten Bevölkerung Nahrungsmittel, Arzneien und andere Hilfe zu leisten. Wie die Admiralität mitteilt, hat das japanische Marineministerium das Angebot dankend abgelehnt mit der Begründung, daß man die Last vollkommen in der Hand habe und daß eine militärische Hilfe nicht erforderlich sei.

Tokio. (Neuter.) Nach den letzten Daten über den Umfang des katastrophalen Erdbebens auf Formosa sind 3065 Menschen umgekommen und über 11.000 Personen verletzt worden.

Teheran. Die iranische Provinz Mazandaran wurde ab 12. d. M. einige Male durch Erdbeben erschütterungen heimgesucht. Man nimmt an, daß mindestens 500 Tote zu beklagen sind. Da sämtliche Verbindungen mit dem heimgesuchten Gebiete unterbrochen sind, ist es schwer, die genaue Zahl der Opfer und den Umfang des Schadens festzustellen.

### Politisches Osterer-Suchen

Ueber das traditionelle Eierer-Suchen liegen uns diese Berichte vor:

#### Wöring:

Herr Wöring sucht in voller Eifer,  
Er jagt ein Schokoladenei.  
Am Fenster liegt es, an der Prüstung,  
Er klopft es auf — Ein wilder Schrei,  
Das Ei war hohl und weich beschichtet,  
„Wer hat den Lubbe wohl vergiftet —“

#### Gochbels:

Der Joseph Gochbels sucht sehr kräftig,  
Die Eier liegen auf bereit,  
In Schweiß gerät er, und zwar heftig —  
Da, endlich hat er sie entdeckt!  
Stroh war die Füllung, drum lag Pappe  
Reichspropaganda-Lug-Attrappe!

#### Europa:

Auch Mich Europa sucht Eier,  
Am Gärchen ihres Völkchens,  
Sie fand zwei Stück an einem Weiber,  
Und, frohgelohnt ob ihres Funde,  
Lad sie, in Margipan gegossen:  
Achtung! Demnachst wird koch geschossen!

Gerhard Sommer

### Zwei schwere Auto-Katastrophen

#### Bei Budweis und bei Brünn am Ostersonntag

**Böhm.-Budweis.** In den frühen Abendstunden des Sonntag ereignete sich in Südböhmen ein Automobilschicksal, das den Tod zweier Personen und die Verletzung einer dritten zur Folge hatte. Ein offenes Automobil, das auf der Staatsstraße nach Böhm.-Budweis fuhr, rief aus bisher unbekannter Ursache unterhalb des abfahrenden Strahenabzweiges bei der Ortsgasse Klammens Ujezd gegen die herabgelassenen Bahnschranken, überquerte das Bahngelände und durchbrach in schneller Fahrt auch den zweiten Bahnschranken. Nach weiteren 70 Meter Rast blieb das Auto wegen einer Motorstörung stehen. Der Wagen wurde von dem 33jährigen Heinrich Böhm, 27, Besitzer einer Großbäckerei in Strakonitz, gefahren. Volprecht wurde durch den Zusammenstoß mit den Bahnschranken der Kopf seit vom Kumpfe verletzt. Neben dem Lenker des Wagens sah die 23jährige Milada Bočková, eine ledige Tochter des Budweiser Bezirksbauinspektors Kallner, die durch eine abgedrungene Bahnbrücke schwer verletzt wurde. Die auf dem rückwärtigen Sitz befindliche Schwester Blanka wurde ebenfalls verletzt. Ein des Weges kommendes Automobil überfuhr die Volprecht und Kell. Milada Bočková in das Kaiserkrankenhaus in Böhm.-Budweis, wo konstatiert wurde, daß beide unterwegs gestorben waren. Unmittelbar darauf wurde Blanka Bočková mit einem Sanitätswagen ins Krankenhaus eingeliefert; diese erlitt nach dem ärztlichen Befund eine schwere Gehirnerschütterung und verschiedene leichtere Verletzungen. Ihr Zustand wird für sehr ernst angesehen.

**Brünn.** Sonntag um 10 Uhr 40 Minuten vormittags erlitt der Personenwagen Nr. 4704 bei dem ungeschickten Feldweg bei Kufun im Altsiedler 18.421 der Straße Brünn—Tisnov ein katastrophales Schicksal, das durch den Anprall zertrümmert wurde. Der Chauffeur und Fahrer Josef Klemec, Kaufmann aus Aralove Vole, wurde leicht verletzt, der Mitfahrer, der Obstbändler Arana Veselý, ebenfalls ans



J. W. Speerger und Blanka Valeska in dem heimischen Film „Späte Liebe“.

Aralove Vole, wurde bei dem Zusammenstoß getötet. Der Verletzte wurde ins Krankenhaus nach Brünn, Veselý in die Totenkammer nach Kufun übergeführt. Die Ursache des Unfalles wurde sofort von der Gendarmerieabteilung, Kommission aus Brünn und von einer Untersuchungskommission der Staatsbahnverwaltung in Brünn untersucht.

**Wenzelsbafaten.** In Ruda bei Velle Nezdí wurde beim Abtragen einer alten Scheune eine eiserne Maßette mit etwa 200 Silberstücken aus der Zeit Wenzels II. gefunden. Auf der einen Seite der Tafeln ist der böhmische Löwe, auf der anderen die St. Wenzels-Krone abgebildet.

**Ertrunken.** Am Ostersonntag ereignete sich auf der Elbe in der Nähe der Pilsnig-Mlein-Schiffahrt ein Bootunglück, bei dem zwei Paddler den Tod fanden. Das Boot war durch die starke Strömung an den Bug des Rührbootes und sodann an einen eisernen Brückenponton gedrängt worden. Das Paddelboot kenterte und die beiden Insassen stürzten ins Wasser, wo sie infolge der Strömung ertranken. — In Koutitz wurden seit einigen Tagen zwei ausländische Studenten, der 20 Jahre alte Schweizer Felix Gullod aus Ransau und der 24 Jahre alte Türke Mehmet Samin Sürenno, die eine Paddelbootfahrt in die Hafengebiet unternehmen wollten, vermißt. Das Boot war angeschwemmt worden. Am Ostermontag konnten ihre Leichen aus dem Wobitz-See geborgen werden.

**Beim Spielen verflücht.** Auf dem Zaarberg hielten Dienstag nachmittags zwei Knaben auf einem großen Sandberg. Sie hatten einen Gang gegraben und wurden von nachströmenden Sandmassen verflücht. Die beiden Knaben, der 12jährige Wilhelm Gansner und der 11jährige Franz Böhl, konnten nur noch als Leichen geborgen werden.

**Das größte Schiff der Welt.** Die „Normandie“, wird am 29. Mai den Expeditoren zwischen La Havre und New York eröffnen. Das französische Postministerium wird aus diesem Anlaß Marken mit dem Wille des Dampfers ausgeben.

**Blutiger Bankraub.** Eine Bank in Santa Cruz wurde von holländischen Räubern überfallen. Es wurden hierbei zwei Personen durch Schüsse getötet und drei schwer verletzt. Bei den Toten und Schwerverletzten handelt es sich durchwegs um Engländer. Angehörige der überfallenen Bank. Es wurden 200.000 Pfster geraubt.

**Kommunisten-Debe in Budapest.** Die Budapest-Polizei hat eine weitverbreitete kommunistische Verschwörung aufgedeckt. Insgesamt wurden 70 Personen verhaftet. Die Verhafteten

sind geständig. Im Verlaufe der vorgenommene Hausdurchsuchungen konnte eine vollständig eingerichtete Geheimdruckerei beschlagnahmt werden. Außer Propagandadruckerei wurde auch eine Zeitschrift in der Druckerei hergestellt.

**Zu allem entschlossene Schmuggler.** An der französisch-belgischen Grenze bei der Stadt Lille kam es in der Nacht auf Sonntag zu einem Zusammenstoß zwischen Schmugglern und Zollbeamten. Während die Schmuggler das Zollhaus überfielen, fuhren mit geschmuggelten Waren beladene Lastautos über die Grenze. Nach längeren Verfolgungen und Schärmschüssen wurde ein Automobil in Lille beschlagnahmt. Die Schmuggler setzten ein anderes Auto in Brand und schleuderten auf das sie verfolgende Auto der Zollbeamten ein Gefäß mit brennendem Benzin. Zwei Zollbeamte wurden verletzt. Im Laufe des Nachmittags wurden drei Schmuggler verhaftet.

**Beim Bau einer Straße bei Rom hat sich ein Erd- und Felssturz ereignet. Drei Arbeiter wurden dabei getötet. Der leitende Ingenieur ist nach dem Unfall geflüchtet.**

**Das größte Luftschiff der Sowjetunion,** das den Namen „Dissolavichim B 6“ trägt, stieg Sonntag abend in Krasnoj zu einem Flug Krasnoj—Leningrad—Krasnoj ohne Zwischenlandung auf. In den Nachmittagsstunden des Montag traf das Luftschiff wieder auf dem Krasnoj Flugplatz ein. Das Luftschiff, dessen höchste Fluggeschwindigkeit 122 Stundenkilometer betrug, war insgesamt 31 Stunden in der Luft. Vor Leningrad wurde eine Stabilisierungsfläche zerlegt und das Schiff war vorübergehend manövrierunfähig, es gelang jedoch, den Schaden in der Luft zu beheben.

**Bei der Verhaftung eines betrunkenen Regers in einem New Yorker Gerichth-Restaurant kam es zu einem wilden Kampf zwischen über hundert Regenten und der Polizei. Zwei Kriminalbeamte wurden mit Biergläsern und Stühlen niedergeschlagen und schwer mißhandelt. Die Ruhe wurde erst wieder hergestellt, nachdem ein hartes Polizeiaufgebot erschienen war und mehrere Verhaftungen vorgenommen hatte.**

**Spione.** Ueber Anordnung des Untersuchungsrichters in Marseille wurden in Algier drei Ausländer deutscher Nationalität wegen Spionage verhaftet. Es wurden bei ihnen Schweizer Pässe vorgefunden.

**Slawischer Strafenkongreß.** In der Zeit vom 20. bis 25. Juni 1935 tritt in Prag zum ersten Male der Slawische Strafenkongreß zusammen, wobei Strafenfachleute über Strafenbaufragen in den Slawischen Staaten beraten werden. Der Kon-

greß wird von der tschechoslowakischen Strafen-gesellschaft veranstaltet. (Die Föderation vereint in ihren Reihen die Vertreter der slawischen Staaten, die Tschechoslowakei, Bulgarien, Jugoslawien und Polen.) Es wird sich dabei hauptsächlich um die Frage der Vereinheitlichung der Vorschriften und Bedingungen für die Durchführung von Strafenbau und um die Normung der Strafen handeln.

**Großfeuer.** Aus bisher noch nicht völlig geklärt Ursache brach am Karfreitag morgens in dem sogenannten Vakar-Viertel in Götting ein Feuer aus, das schnell um sich griff. Erst nach dreihündigen Löscharbeiten gelang es, die weitere Ausbreitung des Brandes zu verhindern. Fast ein Drittel des ganzen Viertels, etwa 20 Geschäftsbetriebe, sind von der Feuerbrunst vernichtet worden. Der Brand fand reiche Nahrung an den aufgestapelten Leinwandvorräten. Ein Feuerwehmann trug durch Glassplitter schwere Verletzungen davon. Von den Löschmannschaften wurden auch einige wegen Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht werden.

### Gerichtssaal

#### Faule Geschäfte mit fauler Ware

**Gauner berufen sich auf Zugehörigkeit zur Partei der „Nationalen Einigung“**  
**Prag.** Das schicksalhafte Verhängnisfortium, das Dienstag wieder einmal die Anklagebank vor dem Senat Karlovetz geriet, ist dem hiesigen Strafrecht von früher her trefflich bekannt. Die Angeklagten, zum Teil recht fragwürdige Existenzen, charakterisiert durch Inerente Rinds- und Schweine Därme „prima Qualität“ zu lächerlichen Preisen und legten den zahlreichen Interessenten wirklich erstklassige Warenproben vor. Es gelang denn auch, nicht weniger als neun Käufer zu sofortigem Abbruch und sofortiger Regalierung zu veranlassen, um so mehr, als die Gauner Lodogel in Aktion treten ließen, die scheinbar um jeden Preis die löstbaren Dämme erziehen wollten und durch Aufstachelung der Verdienstmühen der Kaufwilligen diese zu dem „pünktigen Abbruch“ veranlassen, um so mehr, als die bisherigen Verkäufer auch für Sachverständige sorgten, die der Ware ein glänzendes Zeugnis ausstellten.

Als die Käufer die „prima Ware“ aber weiterverkauften, zeigte sich, daß die Käufer mit verfallenen, völlig wertlosen Material gefüllt waren, das nur ganz oberflächlich mit guter Ware verdeckt war. Der entstandene Schaden belief sich auf 320.000 Kz.

Seinerzeit wurde das Konfession mit schweren Reklamationen belegt, gegen die die Betroffenen Nichtigkeitsbeschwerden und Berufung einbrachten, indem sie zugleich in mehreren Redaktionen vorbrachten und drohten, da jede Veröffentlichung über den Prozeß mit Presseklagen wegen ungerichteter Beschuldigungen beantwortet würden. Sie wurden allenfalls binnsachweilen und ihre Nichtigkeitsbeschwerden erndeten damit, daß das Oberste Gericht den familiären Unschuldigen die Strafen empfindlich ersetzte.

In weiterem Verlauf kam aber noch eine weitere Serie ähnlicher Verbrechen zutage und so sahen neuerlich diese sieben Verurteilten auf der Anklagebank und wurden neuerlich, u. zw. zu diesen fünf Strafen verurteilt: Wenzel Kapravník, Rudolf Jozisek und Karl Marouk zu je sechs Monaten, Josef Ketteba zu fünf, Josef Nizovsek zu vier, Karl Smisek und Anton Voduka zu je drei und Mathias Solle zu zwei Monaten schweren und verschärften Reklamation. Sämtliche Strafen sind unbeding.

Ein grotesker Zwischenfall ergab sich dadurch, daß einzelne Verurteilte an einen Gerichts-saalberichterstatter mit der Zumutung herantraten, von dieser Sache „nicht zu schreiben“, da sie auch „Ringslieder des Narodni Sjedocen“ seien, der „Nationalen Einigung“ der Herren Strikens und Kramak! Sie hatten das Recht, irrtümlicherweise an einen Redakteur der Linkspresse geraten zu sein, der ihnen natürlich die entsprechende Abfuhr in kräftigster Art zuteil werden ließ.

### Zur Sexual-Gesetzgebung Sowjet Rußlands

**Von Julius Cyprin**  
Am Strafgesetzbuch des russischen Reichs Nikolais I., prolongiert im Jahre 1840, lautet der Paragraph 1293: „Wer sich des naturwidrigen Vergewaltens der Päderastie schuldig macht, wird zur peinlichen Strafe dritter Klasse zweiten Grades verurteilt und muß sich überden, falls er den christlichen Glauben bekennet, einer Kirchenbuße unterziehen.“ Die „peinliche Strafe dritter Klasse, zweiten Grades“ bestand aus der „Verbannung auf Anweisung in minder entfernte Gegenden Sibiriens“ und aus der vorherigen Verbannung von „zehn bis zwanzig Jahren“.

So bestrafte das unhumane, schon der damaligen Zeit gemäß gemessenen wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht zugängliche russische Strafrecht des Zaren Nikolais I. homosexuellen Verkehr, zumindestens soweit er sich die Form der Päderastie gab.

Achtundfünfzig Jahre nach der Prolongation dieses alten Strafrechts durch den Zaren Nikolais I., also im Jahre 1903 (am 22. März) gab sich das Rußland Nikolais II. ein neues Strafrecht, den „Uklozje Ulozje“. Dieses neue Strafrecht enthält den § 516 folgenden Wortlaut: „Wer Päderastie verübt, wird bestraft: mit Gefängnis nicht unter drei Monaten. Wird Päderastie verübt: 1) mit einem Minderjährigen von vierzehn bis sechzehn Jahren ohne seinen Willen, oder mit seinem Willen, aber unter Mißbrauch seiner Unschuld; 2) mit einem infolge krankhafter Störung der Seelenfähigkeit, oder infolge von Geisteskrankheit, oder der von einem körperlichen Gebrechen oder einer Krankheit herrührenden, man-

gelhaften geistigen Entwicklung notorisch der Möglichkeit die Natur und die Bedeutung des mit ihm vorgenommenen zu verstehen, oder seiner Handlung Herr zu sein beraubten; 3) mit einem der Widerstandsmöglichkeit beraubten ohne dessen Willen zur Päderastie, so wird der Schuldige bestraft: mit Korrekzionshaus nicht unter drei Jahren. Wer jedoch Päderastie verübt: 1) mit einem Kind unter vierzehn Jahren; 2) mit einer in seiner Gewalt der Pflege befindlichen Person; 3) mit einer Person, die dazu genötigt wurde, durch Gewalt gegen die Person oder durch Androhung des Todes, einer sehr schweren oder einer schweren Körperverletzung dem Bedrohnen oder einem Mitglied seiner Familie, falls solche Drohung beim Bedrohnen die Befürchtung der Möglichkeit ihrer Verwirklichung hervorgerufen konnte; 4) mit einem, den Gewalttäter zu diesem Zweck in bewußtlosen Zustand versetzt oder zu versetzen beiträgt, wird bestraft: mit Zwangsarbeit nicht über acht Jahren. Der Versuch ist strafbar.“

Die russische Strafrechtsreform konnte sich also des Erfolges rühmen, das Strafminimum von lebenslänglicher oder mindestens langjähriger Verbannung und Zuchtstrafe, auf drei Monate, in Verbannung und Zuchtstrafe, auf drei Jahre Korrekzionshaus, herabzusetzen zu haben und das Maximum in Verbannung und Zuchtstrafe, auf Zwangsarbeit von acht Jahren!

Es ist bei Betrachtung dieses Gesetzes leicht zu halten, daß, auch mit den Normen einer modernen Strafrechtslehre gemessen, alle Strafen außer Korrekzionshaus und Zuchtstrafe für ferner von mindestens drei Monaten Gefängnis für Päderastie zwischen voll rechtsfähigen Erwachsenen, gerechtfertigt, mindestens diskutierbar erscheinen, treffen sie doch vor allem u. i. d. T. den Täter wegen seiner homosexuellen Veranlagung, sondern wegen des Mißbrauchs seiner Gewalt über Minderjährige und Kranke, je entsprechen also analoge Strafen, die in allen Kulturstaaten auf heterosexuellem Geschlechtsverkehr unter analogen Umständen stehen.

Es blieb im Sinne moderner psychologischer Strafrechtslehre nur der erste Satz des § 516 zu bekämpfen, der Satz „Wer Päderastie verübt, wird bestraft mit Gefängnis nicht unter drei Monaten.“ Dieser Satz verstoßt freilich gegen das Prinzip vom Rechte über sich selbst und schließt in Wirklichkeit keinerlei Rechtsgut. Es erübrigt sich an dieser Stelle, die Argumentation gegen dieses Gesetz weiter auszuführen.

Es war daher ein selbstverständlicher und keines besonderen Ruhmens werter Akt sowjetrussischer Rechtschöpfung, daß homosexueller Verkehr jeglicher Form an sich ebenso unverfolgt blieb, wie der heterosexuelle. Niemand hatte etwas anderes vom bolschewistischen Strafrecht erwartet. Es war neben vielem anderem auch den § 516 des russischen Strafgesetzbuches auf den Scheiterhaufen, bestimmt zur Verbrennung mittelalterlicher Klünder.

Der fortschrittliche Zustand völliger Straffreiheit homosexuellen Geschlechtsverkehrs dauerte bis zum 7. März 1934. An diesem Tage wurde ein neues „Gesetz über die strafrechtliche Verantwortung für Päderastie“ erlassen, ein Gesetz, das zwar humaner als das Gesetz Nikolais I. aus dem Jahre 1845 und früher, das aber, weit tiefer und gerader als das des letzten Zaren, Päderastie zwischen voll rechtsfähigen Erwachsenen zum Objekt der Strafrecht macht.

Dieses Gesetz, veröffentlicht in der „Sammlung von Gesetzesbestimmungen und Verordnungen der Arbeiter- und Bauernregierung der RSFSR“

vom 25. April 1934 hat folgenden Wortlaut:

„Man ergänze § 154 des Strafgesetzes der RSFSR folgendermaßen:

Geschlechtlicher Verkehr eines Mannes mit einem Mann (Päderastie) wird mit Freiheitsentziehung von drei bis fünf Jahren bestraft.

Päderastie, die unter Anwendung von Gewalt vollzogen wurde, oder unter Ausübung eines Abhängigkeitsverhältnisses des Geschädigten, wird mit Freiheitsentziehung von drei bis acht Jahren bestraft.“

Seit dem Tage des Inkrafttretens dieses ebenso unmodernen wie ungerechten, ja mittelalterlichen Gesetzes wird also in Sowjetrußland der erwachsene Homosexuelle, der mit einem erwachsenen Partner geschlechtlich verkehrt, der also keinerlei Interessensphäre der Sozialität verletzt, der aber der Möglichkeit homosexuellen Verkehrs beraubt, nur unglücklicher, keinesfalls aber zu heterosexuellem Geschlechtsverkehr langjähriger wird, mit drei bis achtjähriger Gefängnisstrafe bestraft!

Dieses Gesetz, das nur für das Gebiet der „RSFSR“ gilt, nicht für die übrigen autonome Sowjetrepubliken, soll im Hinblick auf zunehmende Männerbünde innerhalb der Roten Armee, nicht ohne Billigung, ja Förderung durch Maxim Gorki zustande gekommen sein. Dieser habe angeblich in einer Rede gegen die Homosexuellen gemacht, habe die Homosexualität als typisches Symptom faschistischer Staaten dargestellt und deshalb einen Rückschritt ins Reich mittelalterlicher Verbannung sexueller Minderheiten vollzogen.

Sei dem wie ihm wolle! Der neue § 154 des sowjetrussischen Strafgesetzbuches stellt einen tief dauerlichen Arabismus inmitten des Fortschritts der Sowjet-Union dar.

